

Nein zum teuren und verlogenen Stromfresser-Gesetz



Argumentarium des Komitees gegen das Stromfresser-Gesetz vom 24. März 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Worum es geht.....	2
2. Das Wichtigste in Kürze	2
3. Diese Folgen hat das Stromfresser-Gesetz für mich – Verbote und massive Kosten	4
4. Stromfresser-Gesetz verschärft heutige Energiekrise und Strommangel massiv.....	11
5. Mehrkosten Energie von jährlich 6'600 Franken pro Person	14
5.1. Entwicklung Strompreise Schweiz	14
5.2. Extreme Auswirkungen und Kosten auf die Schweizer Stromverteilnetze	15
5.3. Unberechenbare Wirkung auf alle Konsumentenpreise	15
5.4. Verdoppelung der Benzinpreise bei Umstieg auf synthetische Kraftstoffe.....	16
5.5. Studie zeigt Verdreifachung der Kosten von «California Dreaming»	17
6. Gefährlicher und planloser Ausstieg aus der fossilen Energie	17
6.1. Expertenmeinungen.....	18
6.2. Fatale Fehlprognosen vor der Abstimmung zur Energiestrategie 2050	19
7. Rasanter Zuwachs Stromverbrauch kann durch Erneuerbare allein nicht gedeckt werden.....	22
7.1. Die drei Empa-Szenarien	22
7.2. Empa-Szenario Nr. 1: Vollständige Elektrifizierung	22
7.3. Empa-Szenario Nr. 2: Öko-Wasserstoffwirtschaft	23
7.4. Empa-Szenario Nr. 3: Versorgung mit synthetischen «Öko-Treibstoffen».....	23
7.5. Umweltbelastende Produktion und Logistik von Solarmodulen	24
8. Verschandelung der Schweiz – Heimat und Tourismus ade.....	24
9. Masslose Zuwanderung verstärkt Energiekrise	25
10. Schweiz tut viel, kann Weltklima aber nicht im Alleingang retten.....	26
11. Abschreckendes Beispiel Deutschland.....	28
12. Zusammenfassung und Fazit	29
13. Behauptungen der Gegner - Richtigstellung.....	30

1. Worum es geht

Beim vorliegenden Gesetz handelt es sich um den von alt Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) ausgearbeiteten und von der Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments verabschiedeten indirekten Gegenentwurf zur sogenannten «Gletscher-Initiative». Die Initiative selbst stammt aus links-grünen Kreisen und will die Bevölkerung mit massiven Eingriffen und Verboten umerziehen.

Die im letzten Moment hervorgezauberte Bezeichnung «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» ist ein Etikettenschwindel. Er führt das Stimmvolk in die Irre. Die Energiesicherheit wird mit diesem Gesetz nicht gestärkt, sondern massiv geschwächt.

Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben, will das extreme Gesetz Heizöl, Gas, Diesel und Benzin faktisch verbieten. Das sind 60 % unseres Energieverbrauchs! Heizen und Autofahren wären nur noch elektrisch möglich. Das heisst massiv mehr Strombedarf und tausende Franken Mehrkosten pro Haushalt im Jahr! Die Landschaft würde mit Solarpanels und Windrädern zugepflastert. Trotzdem wird die Versorgung mit genug bezahlbarem Strom im Winter nicht reichen.

Dieser Ausstieg ohne Plan ist selbstzerstörerisch für die Schweiz: Die Energiepreise werden massiv steigen und gleichzeitig werden wir viel zu wenig Strom haben und damit unser Leben, unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand zerstören.

Darum braucht es am 18. Juni 2023 ein Nein zu diesem teuren und verlogenen Gesetz!

2. Das Wichtigste in Kürze

Explodierende Strompreise

Normalverdiener, Familien, Rentner, Hotels, Restaurants und Gewerbe leiden heute schon unter den hohen Strom- und Energiepreisen.

Der realitätsfremde Umbau der Energieversorgung verursacht gemäss einer Studie Kosten von mindestens 387 Milliarden Franken. Das sind über 1'400 Franken zusätzliche Kosten pro Kopf und Jahr!

Eine ETH-Studie rechnet mit einer Verdreifachung der Energiekosten: Das bedeutet 6600 Franken Mehrkosten¹ pro Person im Jahr oder 550 Franken pro Monat! Zum Vergleich: Die mittlere Krankenkassen-Prämie für Erwachsene beträgt 397 Franken.² Mit diesem Gesetz werden Strom und Energie zum Luxus für Reiche. Die Industrie muss ihre Produktion einschränken oder ins Ausland verlegen. Die Hauseigentümer müssen massiv investieren, die Wohnungsmieten steigen! Der 13 Monatslohn ist de facto weg!

Ausstieg ohne Plan

Das extreme Gesetz führt zum Verbot der fossilen Energieträger wie Heizöl, Benzin, Diesel und Gas – obwohl kein Plan

¹ 60% unseres Energieverbrauchs stammt aus fossilen Energieträgern; Im Schnitt kostet eine energetische Haus-Sanierung 250'000 Franken; Für das Jahr 2023 steigen die schweizerischen Strompreise im Schnitt um +27%; Der Investitionsbedarf für die Schweizer Stromverteilernetze beträgt 84 Milliarden Franken und die Netznutzungstarife steigen um bis zu 70%; ein 10 kWh Batteriespeicher für Zuhause kostet 10'000 Euro.

² Starker Kostenanstieg führt zu höheren Krankenkassen-Prämien im Jahr 2023, Medienmitteilung des Bundesrats vom 27.9.22.

	vorliegt, wie genug bezahlbarer Strom für die elektrischen Autos, Wärmepumpen etc. produziert werden soll.
Verschärfter Strommangel	Wie sollen wir rund 60 % des Schweizer Energiebedarfs durch Strom ersetzen? Laut Berechnungen braucht es dafür zusätzlich utopische 17 Pumpspeicherkraftwerke wie bei der Grande Dixence, rund 5'000 Windräder plus 70 Millionen Quadratmeter Solaranlagen. ³
Verschandelung der Natur	Damit verbunden ist eine Verschandelung der Natur und Landschaft. Weil wir Strom nicht ausreichend speichern können, ist der Strombedarf im Winter mit Sonnen- und Windenergie trotzdem nicht gedeckt. Die aktuelle Krise zeigt auch: Auf Importe ist kein Verlass.
Versorgungssicherheit gefährdet	Der planlose Ausstieg gefährdet unsere Versorgungssicherheit! Wir werden noch mehr abhängig vom Wetter und Ressourcen vom Ausland. Wer eine sichere Energieversorgung will, setzt deshalb zuerst auf den Ausbau verschiedener Energiequellen (ohne Technologieverbote) und kann dann den Ausstieg aus den fossilen Energien zuverlässig angehen.
Staatliche Umerziehung	Dieses Gesetz ist auch ein Angriff auf unsere direkte Demokratie: Der Bundesrat kann im Alleingang extreme Massnahmen durchzwingen wie teure Haussanierungen, Ersatz funktionierender Öl- und Gas-Heizungen, das Verbot von Benzin-Autos und Flugreisen oder die Einschränkung von Fleischkonsum.
Selbstzerstörung der Schweiz	Uns fehlt es bereits heute an genügend Winterstrom. Wir haben heute schon eine Strommangellage. Mit dem Verbot von Benzin, Heizöl, Diesel und Gas, mit der masslosen Zuwanderung und dem Abschalten der Kernkraftwerke fehlen uns bis 2050 mindestens 40 TWh Stromproduktion. Das heisst, wir haben noch die Hälfte des Stroms, den wir brauchen. Eine solche Politik ist selbstzerstörerisch für unser Land.
Netzausbau	Der notwendige Netzausbau kostet jeden einzelnen Strombezüger in ländlichen Gebieten spürbar mehr als in den Ballungszentren. Insgesamt werden bei einer stärkeren Elektrifizierung des Energiesystems bis zu 84 Milliarden Franken für den Netzausbau fällig. Dabei prognostiziert das Bundesamt für Energie einen Anstieg der Netznutzungstarife von bis zu 70 %. ⁴

³ Georg Schwarz in «Ich persönlich finde die Kernenergie eine gute Lösung – aber das ist nicht meine Botschaft», NZZ vom 24.1.2023; vgl. auch Future Swiss Energy Economy: The Challenge of Storing Renewable Energy, frontiers in Energy Research, Prof. Andreas Züttel, 1. February 2022.

⁴ Auswirkungen einer starken Elektrifizierung und eines massiven Ausbaus der Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien auf die Schweizer Stromverteilnetze, BFE, 10. November 2022.

3. Diese Folgen hat das Stromfresser-Gesetz für mich – Verbote und massive Kosten

Das teure und verlogene Stromfresser-Gesetz hat massive Auswirkungen auf jeden Einzelnen von uns. Wir würden von den enormen Kosten erdrückt. Unser Leben würde von Verboten und Vorschriften dominiert. Das sind die konkreten Folgen für mich als ...

Normalverdiener	Die Energiekosten, die bereits heute für viele die Schmerzgrenze erreicht haben, würden weiter explodieren. Je nach Technologie wird von einer Verdreifachung der Energiekosten pro Kopf ausgegangen. Man rechnet mit Mehrkosten von 6'600 Franken, was bedeutet, dass die Kosten von heute rund 3'000 Franken⁵ auf 9'600 Franken pro Kopf und Jahr steigen werden. Mieten und Wohneigentum würden unbezahlbar für Leute mit geringem und normalem Einkommen. Auch die Mobilität würde extrem verteuert. Reisen oder Autofahren würde zum Luxus für Reiche. Familienferien könnte sich der Mittelstand nicht mehr leisten. Die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung würde massiv eingeschränkt.
Landwirt	Die Folgen des Stromfresser-Gesetzes für die Landwirtinnen und Landwirte wären verheerend. Fahrzeuge und Gebäude dürften keine Emissionen mehr verursachen. Landmaschinen, Mäher, Traktoren, Lastwagen, wie wir sie heute kennen, würden verboten. Öl- und Gasheizungen müssten herausgerissen und teuer ersetzt werden. Doch nicht nur das: Netto-Null würde bedeuten, dass die Schweizer Bevölkerung sich praktisch nur noch fleischlos ernähren dürfte.⁶ Die Nutztierbestände (Milchkühe, Rinder, Kälber, Legehennen, Mastgeflügel, Mastschweine) müssten massiv reduziert werden.⁷ Zu befürchten wären sogar Halteverbote für bestimmte Tierarten, weil diese Treibhausgase emittieren (eine Kuh stösst jährlich zwischen 70-120 kg Methan aus). Die Folge ist eine zwangsweise Umnutzung der Flächen, sofern dies überhaupt möglich ist. Gemäss der Vorstellung des Bundes soll der Fleischkonsum der Schweizerinnen und Schweizer um 69 % ab-

⁵ Wieviel kostet eine CO₂-neutrale Schweiz? Laboratory of Materials for Renewable Energy (LMER), unter <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87241.html>

⁶ <https://www.schweizerbauer.ch/politik-wirtschaft/agrarwirtschaft/freiwilligkeit-fuehrt-nicht-zu-netto-null/>.

⁷ Faktenblatt Landwirtschaft und Ernährung, Verein Klimaschutz Schweiz, 2020.

	nehmen. Das führt zu massiven finanziellen Einbussen bei den Landwirten. Ganz zu schweigen von den Konsequenzen im Tourismus, wenn die Alpen nicht mehr «abgeweidet» werden und die Landschaft mit Tausenden von Windrädern oder Solaranlagen verschandelt wird. Gleichzeitig würde die Ernährungssicherheit gefährdet, da grosse Flächen nicht mehr genutzt werden können für die Produktion von Lebensmitteln und die Tierhaltung.
Arbeitnehmer / Pendler	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssten nicht nur privat mit massiv steigenden Kosten rechnen, sondern zugleich mit Lohnkürzungen oder gar der Kündigung. Denn die Unternehmen wären mit steigenden Energie- und Materialkosten konfrontiert. Viele müssten einen Teil oder die gesamte Produktion ins kostengünstigere Ausland verlegen. Die steigenden Preise für Energie und Verkehr würden die Pendler zusätzlich belasten. Der motorisierte Individualverkehr würde stark eingeschränkt. Der gleichzeitige Ausbau des öffentlichen Verkehrs würde Unsummen verschlingen, die Steuern würden steigen – ein Teufelskreis.
Steuerzahler	Um dem realitätsfremden Netto-Null-Ziel nachzueifern, würden Milliardensubventionen und teure Umerziehungskampagnen ohne Ende stattfinden – ein Fass ohne Boden. Die Kosten dafür tragen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Massive Steuererhöhungen wären unumgänglich. Zusätzlich würde der CO₂-Ausgleich Einkäufe und Transaktionen belasten. Das nennt man bereits heute ganz offiziell «CO₂-Preis». Das teure und verlogene Stromfresser-Gesetz verschlingt insgesamt mindestens 387 Milliarden Franken. Bezahlen muss dies die Bevölkerung.
Gewerbler	Die explodierenden Energiekosten würden vielen Gewerblern und Handwerkern das Genick brechen. Bereits heute sind die Strompreise teilweise um den Faktor zehn gestiegen. Zugleich bläht die Umsetzung aller möglichen und unmöglichen Massnahmen die Bürokratie

	weiter auf – was die Betriebe zusätzlich belastet.⁸ Viele Leute sind sich der Tragweite der ebenfalls beabsichtigten Regulierung der Finanzmittelflüsse gar nicht bewusst. Denn dies könnte durchaus bedeuten, dass die Banken den Garagiers keine Kredite mehr geben dürften, Lastwagenflotten durch umweltverträglichere Fahrzeuge ersetzt werden müssen usw. Entweder erhalten sie keine Kredite mehr oder müssen schlechtere Konditionen in Kauf nehmen.
Bürger	Das Stromfresser-Gesetz verleiht dem Bundesrat weitreichende Vollmachten. Er könnte im Alleingang extreme Massnahmen durchzwingen sowie Verbote und Vorschriften erlassen. Die Schweiz würde zu einem ökologisch verbrämten Umerziehungslager. Die Bürgerinnen und Bürger hätten zu diesen Massnahmen, Verboten, Windrädern vor der Haustüre nichts mehr zu sagen. Die direkte Demokratie wäre eingeschränkt
Wohneigentümer	Das faktische Verbot von Öl- und Gasheizungen würde einen enormen Investitionsaufwand bedeuten. Funktionierende Heizsysteme müssten herausgerissen und weggeworfen werden. Wohn- und Hauseigentümer werden gezwungen bei einer Sanierung Solarpanelen zu installieren und das Haus komplett zu isolieren (neuer Dachaufbau, Fassadendämmungen, neue Fenster). Im Schnitt kostet eine energetische Sanierung 250'000 Franken. Viele Wohneigentümer könnten diese Zwangssanierungen nicht finanzieren und müssten ihr Zuhause verkaufen. Das ein Sanierungszwang auf das Stromfresser-Gesetz folgen wird, zeigt die aktuelle Entwicklung in der EU. Ähnlich wie bei Kühlschränken oder Backöfen sollen künftig in ganz Europa Gesamtenergieeffizienzklassen im Gebäudesektor mit einer Skala von „A“ bis „G“ eingeführt werden. Die schlechtesten Gebäude sind als erstes dran. Wohngebäude mit der Klasse G und F müssen nach den Vorgaben etwa bis 2030 durch Sanierungen mindestens auf die Klasse E gebracht werden. Ab dem 1. Januar 2033 müssen Wohngebäude und -gebäudeteile dann mindestens die Gesamtenergieeffizienz-

⁸ <https://www.dergewerbeverein.ch/news/steigende-stromkosten>

	klasse D erreichen usw.⁹ Das bedeutet nichts anderes als das Aus des Eigenheims für Normalos. Die flächendeckende Elektrifizierung der Wärmeversorgung braucht Unmengen an Strom, der auf absehbare Zeit nicht in genügendem Ausmass produziert werden kann. Die Hauseigentümer müssen auch aufgrund der beabsichtigten klimaverträglichen Ausrichtung der Finanzflüsse bangen. Denn die Banken sind praktisch gezwungen, diese an Bedingungen zu knüpfen wie die Auswechslung von Ölheizungen, von Nachisolierungen etc.
Mieter	Schon heute können viele Mieterinnen und Mieter die massiv hohen Mieten und die steigenden Nebenkosten kaum mehr bezahlen. Gleichzeitig werden die vorgeschriebenen teuren Gebäudesanierungen die Grundmieten in die Höhe treiben. Für normalverdienende Mieterinnen und Mieter heisst das: Sie werden fast nur noch arbeiten, um die Wohnung zu bezahlen. Fürs Leben bleibt nichts mehr übrig.
Rentner	Das Stromfresser-Gesetz macht Leben und Wohnen im Alter für viele noch unbezahlbarer. Ältere Menschen gehören zu einer Generation, die jetzt schon sparsam umgeht mit Lebensmitteln, Heizen, Licht etc. Die drohende Strommangelage und der Aufruf, die Wohnung nur noch auf 19 oder 20 Grad zu heizen, ist gerade für sie enorm einschneidend. Viele sind körperlich angeschlagen und verbringen praktisch den ganzen Tag in der Wohnung.
Bewohner von Land- und Bergregionen	Die Bewohnerinnen und Bewohner der Land- und Bergregionen wären vom teuren und verlogenen Stromfresser-Gesetz besonders hart betroffen. Sie sind auf ein Auto angewiesen und müssten den Klimaluxus der Städter bezahlen, die das Tram vor der Haustür haben. Die subventionierten Ladestationen für E-Autos kommen zuletzt in die Randregionen. Deren Bevölkerung würde durch die explodierenden Treibstoffpreise massiv benachteiligt. Auch die Verteuerung von Baumassnahmen und die Extrakosten für fossile Technologien treffen die Landregionen viel stärker als die

⁹ Kosten-Schock für Hausbesitzer?, Nach Immobilien-Kracher der EU muss Habeck weitreichende Entscheidung treffen, unter https://www.focus.de/immobilien/kosten-schock-eu-zwangssanierung-von-gebaeuden-was-jetzt-auf-hausbesitzer-zukommt_id_188400901.html

	Städter, weil die Löhne auf dem Land niedriger sind. Grosse Solaranlagen, Tausende Windränder würden die schöne Landschaft verschandeln. Auch der Tourismus, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der ländlichen Gebiete, würde massiv leiden. Viele Familien könnten sich Ski- und andere Ferien nicht mehr leisten.
Auto-, Lastwagen- und Motorradfahrer	Als Folge des Ziels, dass der Sektor Verkehr bis 2050 100 % Treibhausemissionen vermindern muss, ist es faktisch unumgänglich, dass Verbrennungsmotoren verboten werden. Dabei ist erwiesen: Technologieverbote sind schädlich und kontraproduktiv. Hinzu kommt: Längst nicht jede und jeder kann sich ein Elektroauto leisten. Da die Strompreise weiter explodieren würden, wäre Auto fahren in Zukunft nur noch für Reiche möglich. Kleinere Transportunternehmen und Gewerbebetriebe müssten schliessen, da sie die massiven Investitionskosten für Elektro- oder Wasserstoff-Fahrzeuge nicht stemmen könnten.
Energiewirtschafts-Betroffener	Das Stromfresser-Gesetz sieht Milliardensubventionen für Heizungs-Sanierungen vor, obwohl es bereits heute hohe Wartezeiten gibt wegen der Lieferengpässe. Gut ein Jahr müssen Kunden aktuell auf eine Wärmepumpe warten. Zudem ist bereits heute zu wenig ausgebildetes Personal vorhanden. Das Stromfresser-Gesetz macht Notmassnahmen wie Stromabschaltungen immer wahrscheinlicher, denn die steigenden Energiepreise sind die Folge des Angebotsmangels. Der Strombedarf in der Schweiz wird zunehmen. Der Ersatz von 60 % fossilen Energieträgern bspw. in Verkehr und Wärme führt zu einem stark steigenden Elektrizitätsbedarf. Unsichere Energieversorgung aufgrund ideologischer Technologieverbote (zum Beispiel Kernkraft). Verbauung des schweizerischen Landschaftsbildes durch Windparks und Sonnenkollektorfarmen.
Gesamtwirtschafts-Betroffener	Damit die Gesamtwirtschaft Netto-Null-Emissionen erreichen kann, müssen Unternehmen und

	Sektoren sowie deren Produkte, Dienstleistungen und Prozesse einen Wandel - eine Transition - durchlaufen. Dazu werden nicht nur die richtigen Finanzinstrumente, sondern auch grosse Investitionsvolumen benötigt. Die notwendige Langfristigkeit sprengt den Zeit-horizont der meisten Finanzinstrumente und führt dazu, dass das Risiko zum Rendite-Verhältnis nicht attraktiv ist. Absehbare Abwanderung der energie- und kostensensiblen Industrie mitsamt den Arbeitsplätzen ins Ausland. Zusätzliche massive Eingriffe in die Produktionsabläufe führen zu einem Verlust der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland. Die Wirtschaft ist auf eine sichere und stabile Energieversorgung angewiesen.
Industrieller	Zusätzliche massive Eingriffe in die Produktionsabläufe führen zu einem Verlust der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland. Schon heute ist die Schweiz eine Hochpreisinsel in der Produktion und diese Preise werden durch das Gesetz noch erhöht. Absehbare Abwanderung der energie- und kostensensiblen Industrie mitsamt den Arbeitsplätzen ins Ausland. Die Wirtschaft ist auf eine sichere und stabile Energieversorgung angewiesen. Privatwirtschaftliche Innovationen werden es schwerer haben gegenüber der staatlichen Subventionswirtschaft. Staatliche Eingriffe führen zur Wettbewerbsverzerrung und stören die Forschung und Entwicklung ohne ideologische Vorgaben. Es ist illusorisch, mit einer Nachhaltigkeits-Regulierung des Finanzplatzes irgendetwas zum Klimawandel beizutragen. Erdölgesellschaften und Kohlebergwerke werden auch weiterbestehen, wenn die Schweizer Anleger alle diese Aktien verkaufen müssen. Industrieunternehmen werden allenfalls in andere Länder umziehen.
Logistikabhängiger	Dem Strassentransportgewerbe steht 2023 ein massiver Kostenschub bevor. Zu erwarten ist eine Verteuerung von mindestens 5 %.

	Hauptgründe sind erhebliche Mehrkosten beim Personal sowie die stark gestiegenen Energie- und Einkaufspreise. Die Transport- und Logistikunternehmen reagieren vor allem, indem sie die steigenden Kosten – oft allerdings zeitversetzt und nicht in vollem Umfang – an die Kunden weitergeben.
Flugreisender	Der Luftverkehr darf netto keine Emissionen mehr verursachen. Dies bedeutet eine enorm komplizierte und teure Umsetzung der Negativemissionstechnologien. Man wird in allen Szenarien auf teures synthetisches Kerosin zurückgreifen müssen, weil Batterien zu schwer für Flugzeuge sind. Die Herstellung dieser Treibstoffe braucht wiederum Strom. Cüpli-Sozis können weiterhin nach Florida in die Ferien reisen, der einfache Arbeiter muss zuhause bleiben. Ferien werden extrem teuer und sind in Zukunft nur noch ein Privileg der besser betuchten Schichten. Der Mittelstand wird sich keine Ferien in Übersee mehr leisten können.
Landschafts- und Naturschützer	Die offiziellen Heimatschützer haben bereits 2010 in einem Positionspapier mit dem Titel <i>«Windkraftanlagen und Landschaftsschutz»</i> klipp und klar kommuniziert, dass <i>«der Bau solcher Windparks, die von Weitem zu sehen sind, wird einen einschneidenden Einfluss auf Landschaften und Ortsbilder haben und [...] zu einer Beeinträchtigung der Landschaftsräume und der Umwelt führen [...]»</i>. Wie viele Windkraftanlagen erträgt die Landschaft? Wann ist das erträgliche Mass für die Bevölkerung erreicht? Dies sind die brennenden, offenen Fragen.
Betroffener von neuen Hochspannungsleitungen	Die vollständige Elektrifizierung erfordert innert kürzester Zeit ein angemessenes Übertragungsnetz. Die Folgen werden für das Landschaftsbild einschneidend sein (der Heimatschutz lässt grüssen). Darüber hinaus verursachen die Stromversorgungsanlagen nichtionisierende Strahlung.¹⁰ Elektrische und magnetische Felder sind unvermeidliche Nebenprodukte der Stromübertragung und Elektrizitätsnutzung. Die stärksten Belastungen – sog. Elektromog – treten in unmittelbarer Nähe von Hochspannungsleitungen und Transformatorstationen auf.

¹⁰ Elektromog in der Umwelt, BUWAL, 2005.

Tourist	Die bereits stark gebeutelte Tourismusbranche ist besonders von der Strompreisentwicklung betroffen. Aber nicht nur die Hotels, sondern alle vom Tourismus abhängigen Dienstleister sind stark betroffen. Die jährlichen Energiekosten einer mittleren Bergbahn mit einem Verbrauch von 1 Million Kilowattstunden lagen bisher bei 60'000 Franken. Die Preise im freien Strommarkt sind teilweise bis zu zehn Mal teurer geworden. Im Fallbeispiel auf 600'000 Franken. ¹¹
Arbeitsplätze in Forschung & Entwicklung	Dass höhere Strompreise Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Branchen und Unternehmen haben, ist sonnenklar. Es gibt aber auch negative Folgen für die Forschung und Entwicklung. Denn die höheren Ausgaben können nicht 1:1 über Preisanpassungen abgewälzt werden. Forschungsintensive Bereiche sind somit besonders durch höhere Strompreise betroffen.
Finanzplatz	Das Stromfresser-Gesetz will eine «klimaverträgliche Ausrichtung der Finanzmittelflüsse». Die Folge davon werden teurere Kredite für alle sein, weil die Banken die kaum abschätzbaren Investitionsrisiken bis 2050 einpreisen werden. Weiter ist mit einer Abwanderung der eingeschränkten bis verbotenen Geschäftsfelder ins Ausland zu rechnen. Denn für die global tätige Finanzwirtschaft wird es nicht einfach werden, Emissionen aus ihrem Geschäft zu eliminieren. Kommt hinzu: Der überwiegende Teil ihres CO ₂ -Ausstosses stammt von Unternehmen, denen sie Kredite gewähren, was bedeutet, dass sie nur begrenzten Einfluss auf deren Geschäfte haben.

4. Stromfresser-Gesetz verschärft heutige Energiekrise und Strommangel massiv
 Artikel 3 des Stromfresser-Gesetzes beschreibt das Ziel: «Der Bund sorgt dafür, dass die Wirkung der in der Schweiz anfallenden von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 Null beträgt (Netto-Null-Ziel)».

Dies führt zwangsläufig zu einem Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin sowie zu einer drastischen Umerziehung der Menschen in der Schweiz.

Da es kaum Alternativen gibt, wären Heizen und Auto fahren faktisch nur noch elektrisch möglich. Die Linke freut's: Sie will Verbrennermotoren bis 2035 in der Schweiz verbieten und nur noch teure Elektroautos zulassen.¹² Das heisst massiv mehr Strombedarf und explodierende Kosten! Unsere schöne Landschaft wird mit riesigen Solarpanels und Windrädern verschandelt. Trotzdem werden wir im Winter viel zu wenig Strom haben.

¹¹ Noch nie war Strombeschaffung für Seilbahnen so herausfordernd, htrhotelrevue vom 22. September 2022, unter <https://www.htr.ch/story/tourismus/noch-nie-war-strombeschaffung-fuer-seilbahnen-so-herausfordernd-35423>

¹² 22.450 | Klimaziele im Verkehr erreichen. Keine Neuwagen mit Verbrennungsmotoren mehr ab 2035 | Geschäft | Das Schweizer Parlament.

Denn selbst wenn wir die ganze Schweiz mit Photovoltaik-Anlagen zuglänzen: Solarstrom bleibt Flatterstrom, den man kaum speichern kann. In der Nacht und bei schlechtem Wetter scheint die Sonne nicht – und dann wird auch kein Strom produziert. Gerade in den Wintermonaten, wo die Nächte lang und der Nebel zäh ist, gibt es viel zu wenig und zu unregelmässigen Solarstrom. Solange man nicht ausreichend Strom speichern kann, sind wir weit davon entfernt, mit Sonnen- und Windenergie unseren Strombedarf zu decken. Die Bandenergie, also der Grundbedarf an Strom, der jeden Tag rund um die Uhr verbraucht wird, fehlt nach wie vor.

Das sogenannte «Klimaschutzgesetz» ist in Wahrheit ein Stromfresser-Gesetz! Es verschärft die aktuelle Energie- und Stromkrise und bringt Hunderte Milliarden an Mehrkosten. Permanenter Wackelkontakt würde das tägliche Leben unplanbar machen.

Das Ausmass des erhöhten Strombedarfs belegt eine Studie der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (ETH/Empa). Sie weist nach, dass der Stromverbrauch – trotz der Steigerung der Energieeffizienz – durch die zunehmende Elektromobilität, die Dekarbonisierung im Gebäudebereich und die fortschreitende Digitalisierung deutlich ansteigen wird. Konkret geht die Empa von einem Anstieg des Stromverbrauchs um 25 % bzw. um 13.7 Terrawattstunden in den kommenden Jahren aus. Neben diesem Verbraucheranstieg (+13.7 TWh) fallen auch die Ausserbetriebnahme der Kernkraftwerke (-24 TWh) sowie Verluste bei der Wasserkraft durch höhere Restwassermengen (-3.7 TWh) massiv ins Gewicht. Die ETH geht in einer neueren Untersuchung sogar von einem noch höheren Anstieg des Strombedarfs von 30 bis 50 % aus, wenn die Klimaziele der Schweiz erreicht werden sollen.¹³

Unter dem Strich müssen bis 2050 mindestens 40 TWh Produktion ersetzt bzw. zugebaut werden – ohne Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums!¹⁴

Zur Veranschaulichung: 1 Terawattstunde [TWh] sind umgerechnet 1'000'000'000 Kilowattstunden [kWh]. Mit 1 Kilowattstunde lassen sich 133 Scheiben Toastbrot rösten, 1 Stunde die Haare föhnen, 50 Stunden am Laptop arbeiten, 1 Abendessen kochen, 7 Stunden lang fernsehen oder 91 Stunden lang lesen unter einer Energiesparlampe. Im Keller bringt jede kWh das Rädchen des Stromzählers zum Drehen.

Die SBB und andere Bahnbetreiber haben 2022 rund 2.3 TWh Strom verbraucht.¹⁵ Das zeigt anschaulich, wie viel Stromproduktion der Schweiz bis 2050 fehlt: 40 TWh oder 17 Mal der Jahresbedarf der ganzen SBB und der anderen Bahnbetreiber!

Die inländische Stromerzeugung lag 2021 bei rund 64 TWh, davon produzierten die Kernkraftwerke 18,5 TWh, was 29 % der Stromerzeugung in der Schweiz beträgt¹⁶ – und die Mitte, SP, Grünliberalen und Grünen wollen diese Kernkraftwerke, die verlässlich und CO₂-frei Strom produzieren, ausser Betrieb nehmen!

Insbesondere im Winterhalbjahr nützt der Zubau durch fluktuierende Stromquellen aus Sonne und Wind wenig. Ausserdem ist ein umfassender Ausbau der Sonnenenergie, der Geothermie sowie der Windkraft aufgrund raumplanerischer, technischer und politischer Faktoren in der notwendigen Grössenordnung (40 TWh) vollkommen unrealistisch. Als

¹³ Woher kommt der Strom im Jahr 2050?, Paul Scherrer Institut, unter <https://www.psi.ch/de/media/forschung/woher-kommt-der-strom-im-jahr-2050>.

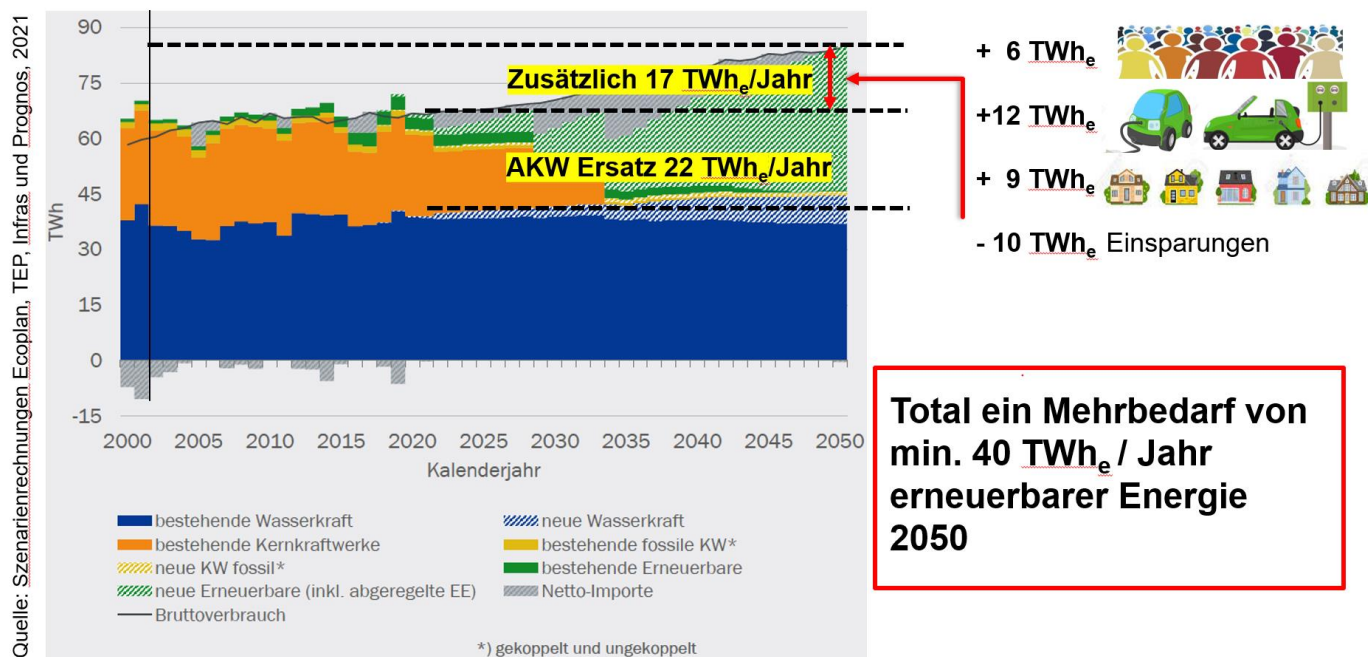
¹⁴ Die ETH Studie von Prof. Züttel berücksichtigt das Bevölkerungswachstum nicht.

¹⁵ <https://company.sbb.ch/de/sbb-als-geschaeftpartner/leistungen-evu/energie/verbrauch.html#:~:text=2022%20hat%20die%20SBB%202500,an%20Leistung%20wird%20zuek%C3%BCnftig%20steigen.>

¹⁶ Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2021, BFE, Tab. 24; Kernkraftwerk Beznau versorgt zudem über das Fernwärmenetz 2600 Anschlüsse in Industrie, Gewerbe, öffentlichen Bauten und Privathaushaltungen mit Wärme.

Kompensationsmassnahmen kommen im Moment nur Gaskraftwerke oder höhere Importe in Frage. Jedoch stossen Gaskraftwerke CO₂ aus, und die Einfuhr grosser Strommengen ist in Zukunft mehr als unsicher.

Zukünftige Jahres Stromversorgung



Die Graphik macht es deutlich: Der energiepolitische Blindflug führt dazu, dass die Stromversorgung nur noch für die Hälfte der Bevölkerung reicht. Willkommen im Zeitalter der Höhlenmenschen! Denn alleine die Bevölkerungszunahme führt zu einem Mehrverbrauch von 6 Terrawattstunden Energie (TWh). Die stromabhängigen Fahrzeuge benötigen sogar satte 12 TWh mehr und die ganzen Liegenschaften zusätzliche 9 TWh – und das bei nur 10 TWh erwarteten Einsparungen. Das kann nicht aufgehen.

Dass unser Land auf eine Strom-Katastrophe zusteuert, ist schon länger bekannt, unter anderem durch **Studien der ETH/Empa¹⁷ und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS)¹⁸**. Eine umfassende Übersicht bietet das Grundlagenpapier «Für eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung»¹⁹ der SVP Schweiz vom November 2021.

Die nationale Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS aus dem Jahr 2020 nennt eine langandauernde Strommangellage als eines der drei grössten Risiken für die Schweiz. Der zeitweise Ausfall der Energie- und Stromversorgung berge hohes Schadenpotenzial bei gleichzeitig hoher Eintrittswahrscheinlichkeit. Bei einer lang andauernden, schweren Strommangellage (damit ist eine Stromunterversorgung von 30 % während mehrerer Monate gemeint, die in der Schweiz insbesondere im Winter auftreten kann) drohen gemäss **BABS** grosse Personenschäden und darüber hinaus immense ökonomische Verluste. Insgesamt ist mit einem Schaden von über 100 Milliarden Franken zu rechnen.

Christoph Mäder, Präsident von Economiesuisse, findet deutliche Worte: «Eine Strommangellage wäre ein Desaster: Fehlender oder zu teurer Strom kann zu Energiearmut für

¹⁷ Dass die Energiestrategie nicht aufgehen kann, bestätigt eine am 1. Februar 2022 publizierte ETH/Empa-Studie. Der Leiter des verantwortlichen Forschungsinstituts lässt sich zitieren mit: «Wir müssen uns also von der Vorstellung verabschieden, dass wir unseren gesamten Energiebedarf mit im Inland erzeugter, erneuerbarer Energie decken können».

¹⁸ <https://www.babs.admin.ch/de/home.detail.nsb.html/81359.html>.

¹⁹ <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/2021-Positionspapier-Energie-und-Umwelt-DE.pdf>.

Haushalte führen [und] die Wirtschaft nachhaltig schädigen.» Der Wirtschaftsdachverband fordert klare Prioritäten: «Versorgungssicherheit vor Klimaschutz, dann Natur- und Heimat-schutzinteressen»²⁰.

André Dosé, Präsident von Swissgas, spricht Klartext: «Diese Krise in der Schweiz ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet. Die Energiestrategie 2050 ist auf Sand gebaut.»²¹

Wirtschaftsprofessor **Tobias Straumann** fordert den Bau neuer Kernkraftwerke: «Es geht nicht anders. Wir brauchen viel mehr Strom. Mit den erneuerbaren Energiequellen allein schaffen wir das nicht. Man hat in der Geschichte nie auf einen zuverlässigen Energieträger verzichtet, ohne dass man wusste, wie man ihn ersetzt. Dass man das nun tun will, ist ein Fehler.»²²

5. Mehrkosten Energie von jährlich 6'600 Franken pro Person

Die Abkehr von den fossilen Energieträgern ist extrem teuer. Aktuelle Berechnungen gehen von mindestens **387 Milliarden Franken «Dekarbonisierungskosten»** aus. Das sind 12.9 Milliarden Franken pro Jahr – über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten. Bei 9 Millionen Einwohnern müsste **jeder von uns in diesem Zeitraum 43'000 Franken mehr bezahlen**. Das heisst pro Jahr und Person zusätzlich 1'433 Franken zu den jetzt schon drückenden Energiekosten.

Das ist aber noch nicht alles. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass in Zukunft ohnehin mit viel höheren Energiekosten zu rechnen ist. **Sie werden sich je nach Szenario gemäss ETH-Professor Andreas Züttel mehr als verdreifachen – von heute 3'000 Franken pro Kopf auf 9'600 Franken pro Kopf und Jahr.**²³

Jegliche Erhöhungen sowie neue Abgaben und Gebühren, welche die Stromproduktion verteuern, sind mehr als problematisch und führen dazu, dass sich nur noch Reiche

- das Autofahren, auch einmal für einen Ausflug, leisten können
- eine genügend geheizte Wohnung leisten können (siehe England und Deutschland im Winterhalbjahr 2022). Ausser der Staat subventioniert einmal mehr die sozial Schwachen, der Mittelstand bleibt auf den Kosten sitzen.
- eine Ferienreise leisten können
- ein Wochenende in Paris leisten können
- sparen können
- sich erfüllende Hobbys leisten können
- einmal für sich etwas shoppen können

5.1. Entwicklung Strompreise Schweiz

Für das Jahr 2023 steigen die schweizerischen Strompreise in der Grundversorgung für Haushalte zum Teil stark an. Dies geht aus den Berechnungen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom hervor. Ein typischer Haushalt bezahlt im kommenden Jahr 26.95 Rappen pro Kilowattstunde (Rp./kWh, alles Medianwerte). Dies entspricht einer Zunahme von 5.77 Rp./kWh (+ 27 %).²⁴

Konkret: Ein typischer Haushalt mit einem Verbrauch von 4'500 kWh (sog. Verbrauchsprofil H4: vierköpfige Familie in einer 5-Zimmer-Wohnung mit Elektroherd und Tumbler) bezahlt

²⁰ Medienmitteilung vom 30. März 2022.

²¹ Das vollständige Zitat: «Diese Krise in der Schweiz ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet. Die Energiestrategie 2050 ist auf Sand gebaut. Man ging davon aus, dass es kein Bevölkerungswachstum gibt, die Bevölkerung den Stromverbrauch reduziert. Ebenso war bei der Abstimmung die Elektromobilität nicht in den Szenarien enthalten. Es handelte sich um eine Träumerei, die so oder so nie funktioniert hätte. Der Ukraine-Krieg zwingt uns nun auf dramatische Weise umzudenken.» NZZ, 7. Juli 2022.

²² Schweiz am Wochenende, 16. Juli 2022.

²³ Von heute von heute 3'000 Franken pro Kopf auf rund 4'400 Franken pro Kopf und Jahr bei einer sog. «Wasserstoffwirtschaft» und von heute 3'000 Franken pro Kopf auf 9'600 Franken pro Kopf und Jahr bei «Synfuels» aus Ökostrom, vgl. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87241.html>.

²⁴ Stark steigende Strompreise 2023, 19. September 2022 unter <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90237.html>

im kommenden Jahr 27 Rappen pro Kilowattstunde (Rp./kWh), also 5.8 Rp./kWh mehr als 2022. **Auf ein Jahr gerechnet, entspricht dies einer Stromrechnung von 1'215 Franken (+ 261 Fr.).**

Bekannt ist der Fall eines kleineren Berghotels, das bisher jährlich 5'000 Franken Stromkosten bezahlen musste. **Ein Berner Stromproduzent habe dann einen neuen Jahresvertrag von gut 162'000 Franken unterbreitet – ein 32fach höherer Betrag.**²⁵ Die Liste lässt sich beliebig erweitern, etliche KMU sind in ihrer Existenz bedroht.²⁶

Die ARA Thunersee muss gemäss ihrem neuen Vertrag 90 Rappen statt 15 Rappen pro Kilowattstunde bezahlen. Die Stromrechnung beim öffentlichen Dienstleister schiesst damit um **3,7 Millionen Franken in die Höhe!** Die Mehrkosten müssen die 37 angeschlossenen Gemeinden berappen, also wieder der steuerzahlende Mittelstand.²⁷

Es muss auch deutlich festgehalten werden, dass bereits vor dem Ukraine-Krieg die Situation am Strommarkt dramatisch war und auf längere Sicht ungelöst sein wird. Der Stromkonzern Alpiq hatte schon im Dezember 2021 den Bundesrat um Hilfe ersucht (der Rettungsschirm war die Folge). Russland marschierte erst später, am 24. Februar 2022, in die Ukraine ein.

5.2. Extreme Auswirkungen und Kosten auf die Schweizer Stromverteilnetze

Ein Bericht des Bundesamts für Energie vom November 2022 hält fest, dass **der Investitionsbedarf bei einer stärkeren Elektrifizierung des Energiesystems bis zu 84 Milliarden Franken beträgt.** Diese zusätzlichen Investitionen bis 2050 führen unter Berücksichtigung der geänderten Energiemengen zu einem Anstieg der Netznutzungstarife von bis zu 70 %.²⁸ Über die Netznutzungstarife werden die Kosten für den Bau, Betrieb und Unterhalt der Stromnetze auf die Endverbraucher überwältigt. Am gesamten Strompreis, den Endverbraucher bezahlen, machen die Netznutzungskosten durchschnittlich etwa 50 % aus.²⁹

Veranschaulichung der Auswirkungen anhand eines 3-Personen-Haushalts (EFH, Ölheizung und Elektroboiler) in der Gemeinde Münsingen (Kanton Bern). Im Abrechnungszeitraum vom 1.10.2020 bis 30.9.2021 hat die konkrete Familie 6'743 kWh Strom bezogen. Die Netznutzungskosten allein betrugen 747 Franken. **Eine Zunahme von 70 % würde also eine Zunahme von 523 Franken auf neu 1'270 Franken bedeuten** – ohne Berücksichtigung der steigenden Strompreise, der ganzen Abgabenlast und der MWST, welche jeweils separat in der Abrechnung ausgewiesen werden.

5.3. Unberechenbare Wirkung auf alle Konsumentenpreise

Auch sind die Auswirkungen von Netto-Null auf die Konsumentenpreise (bspw. auf die Nahrungsmittelpreise) noch unbeziffert – und dürfen auch nicht isoliert betrachtet werden. Was klar ist: Höhere Energiepreise und die Investitionskosten verteuern die Produktion und damit die Preise für die Kundinnen und Kunden. Dazu ist im Bereich Mobilität mit höheren Lenkungsabgaben zu rechnen (bspw. durch Roadpricing) – diese Begehrlichkeiten wurden bereits geäußert.

Die Belastung für jede einzelne Familie ist stark unterschiedlich und von der jeweiligen Wohn- und Arbeitssituation abhängig. Generell kann aber festgehalten werden, dass die Belastung für die Landbevölkerung deutlich höher sein wird als für die Stadtbevölkerung.

²⁵ Gastro Journal, unter <https://gastrojournal.ch/home/gastronomie/energieversorgung-und-explodierende-strompreise-gastrosuisse-fordert-rasches-handeln>

²⁶ <https://www.blick.ch/wirtschaft/familienbetrieb-ottiger-in-triengen-lu-bangt-um-fortbestand-die-strompreise-bedrohen-unsere-existenz-id18259913.html>

²⁷ Strompreisschock für KMU – drohen bald Konkurse?, unter <https://www.blick.ch/wirtschaft/stromschock-fuer-kmu-drohen-bald-konkurse-wer-jetzt-strom-einkaufen-muss-hat-effektiv-ein-problem-id17859088.html>

²⁸ Auswirkungen einer starken Elektrifizierung und eines massiven Ausbaus der Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien auf die Schweizer Stromverteilnetze, BFE, 10. November 2022.

²⁹ Wie setzt sich der Strompreis zusammen? Unter <https://www.energie-experten.ch/de/wissen/detail/wie-setzt-sich-der-strompreis-zusammen.html>

Nur schon deshalb, weil etwa die Erreichbarkeit oder das Angebot des öffentlichen Verkehrs stark unterschiedlich sind.

Zwar will man mit dem Rahmengesetz «Unternehmen mit fachkundiger Beratung unterstützen», falls sie auf freiwilliger Basis Fahrpläne zur Erreichung des Netto-Null-Ziels ausarbeiten. Dies ist offensichtlich Augenwischerei. Diese Unterstützung auf dem Weg hin zu Netto-Null ist alles andere als kostenbefreit. So manchem KMU und Geschäftsführer müsste die angepeilte Dekarbonisierung bzw. die angepeilten Netto-Null-Fahrpläne (Pro memoria: Richtwert Sektor Industrie im indirekten Gegenentwurf 50 % bis 2040, bis 2050: um 90 %) eigentlich den Schlaf rauben: Wie hoch werden die Zwangsinvestitionen sein? Welche Massnahmen und Sanktionen werden auf mein Unternehmen zukommen? Wie kann ich die gesetzten CO₂-Ziele erreichen und weiterhin betriebswirtschaftlich erfolgreich zu sein?

Auch manchem Landwirt müsste das Stromfresser-Gesetz (Pro memoria: Richtwert Sektor Landwirtschaft folgt so sicher wie das Amen in der Kirche) den Schlaf rauben. Was alles muss noch unternommen werden, um die gesetzten Ziele zu erreichen und weiterhin überlebensfähig zu sein? Die Klimaallianzen haben in ihren Faktenblättern bereits die Lösung parat: Ihnen schwebt der zwangsweise Strukturwandel vor mittels «einer solidarischen Landwirtschaft» und «Biofarm-Genossenschaften».³⁰

Wir alle wissen es und es ist unbestritten: Die Teuerung steigt gerade jetzt sprunghaft an. Grund sind vor allem die Strompreise!³¹

5.4. Verdoppelung der Benzinpreise bei Umstieg auf synthetische Kraftstoffe

Falls die klassischen Verbrennungsmotoren (Öl/Diesel/Benzin) mit Synfuels, d. h. mit synthetischen Kraftstoffen ersetzt werden, verdoppeln sich die Treibstoffpreise.

Man kann den Anteil von Elektro- oder Wasserstofffahrzeugen sowie den Anteil von synthetischen Kraftstoffen anhand der Reduktions-Prozentsätze bereits heute grob abschätzen:

- 57 % CO₂-neutrale Fahrzeuge bis ins Jahr 2040;
- Vorgabe bis ins Jahr 2050: 100 % CO₂-neutrale Fahrzeuge

Zurzeit sind 4'600'000 Personenwagen im Umlauf, 400'000 leichte Nutzfahrzeuge, 53'000 schwere Nutzfahrzeuge und 100'000 Personentransportfahrzeuge. Hinzu kommen noch 790'000 Motorräder. Die Schweiz hatte am 30. September 2021 insgesamt 6.3 Millionen Fahrzeuge bei ca. 8.5 Millionen Einwohnern: Bei 10 Millionen Einwohnern im Jahr 2050 kann man davon ausgehen, dass mindestens 7 bis 7.5 Millionen Fahrzeuge im Verkehr sind!

Ein Liter synthetischer Treibstoff würde heute rund 3,90 Franken pro Liter kosten (ohne Mineralölsteuern).³² Zum Vergleich: Ein Liter fossiler Treibstoff kostet heute rund 1 Franken ohne Steuern.

Wir können davon ausgehen, dass dieses Verhältnis in den nächsten Jahren sogar noch steigen wird, weil die Nachfrage nach synthetischem Treibstoff zwangsweise angetrieben wird. Zudem sind auch die anderen CO₂-neutralen Treibstoffe in der Herstellung sehr teuer:

- Wasserstoff (aus Methan): 2 Fr./kg

³⁰ Faktenblatt Landwirtschaft und Ernährung, Verein Klimaschutz

³¹ Die Inflation in der Schweiz steigt auf 3,3 Prozent, NZZ vom 13.2.2023.

³² <https://www.avenir-suisse.ch/synthetische-treibstoffe-zum-preis-von-fr-2-40-pro-liter/>

- Wasserstoff (Elektrolyse): derzeit 5-6 Fr./kg; 2-4 Fr./kg im Jahr 2030; 1-2 Fr./kg im Jahr 2050.³³

Steigt der Ölpreis, steigen verständlicherweise auch die Betriebskosten für die Fluggesellschaften. Der heute verwendete Treibstoff für Flugzeuge, Kerosin, wird nämlich aus Rohöl gewonnen. Die Kosten dafür geben Fluggesellschaften und Reiseveranstalter ebenfalls an den Kunden direkt weiter. Stellt man nun radikal auf synthetische Treibstoffe für die Flugzeuge um, werden Ferien bald nur noch für Reiche bezahlbar sein. Ein Beispiel: Die Kosten für den Treibstoff machen etwa 20 bis 30 Prozent der Kosten für die Fluggesellschaften aus.³⁴ Ein Flug von Zürich nach New York kostet heute pro Person rund 800 Franken, hin und zurück. Geht man davon aus, dass die neuen Treibstoffe 4 Mal mehr kosten, ergibt sich ein Preisanstieg von satten 700 Franken pro Ferienreise, was fast einer Verdoppelung des Preises entspricht.³⁵

Die Preisbildung ist jedoch stark von den Stromkosten abhängig. Daher ist eine Preissenkung nur möglich, wenn der Strompreis sinkt (was mit Blick auf die Stromverknappung unwahrscheinlich ist). Viel wahrscheinlicher wird die Schweiz bei einem solchen Szenario auf importierten Wasserstoff bzw. importierten synthetischen Kraftstoff angewiesen sein, da wir nicht genug Strom haben werden und die Produktionskosten in der Schweiz bekanntlich hoch sind. Einzig Wasserstoff aus Solarstrom wird wahrscheinlich in kleinen Mengen in der Schweiz produziert werden, wenn die Produktion im Sommer Spitzenwerte erreicht.

Unter dem Strich ist davon auszugehen, dass sich die Treibstoffpreise bis 2050 mindestens verdoppeln werden.

5.5. Studie zeigt Verdreifachung der Kosten von «California Dreaming»

Der Bundesstaat Kalifornien erwägt einen Gesetzentwurf, der bis 2045 einen Anteil erneuerbarer Energien von 100 % aller Energieformen vorschreibt. Die «Clean Air Task Force», eine in Boston ansässige Denkfabrik für Energiepolitik, stellte kürzlich fest, dass das Erreichen der 80 %-Marke für erneuerbare Energien in Kalifornien massive Überschussmengen während der Sommermonate bedeuten würde, die 9.6 Millionen Megawattstunden an Energiespeicherung erfordern. Um 100 % zu erreichen, wären 36.3 Millionen erforderlich. Der Bundesstaat verfügt derzeit über insgesamt 150'000 Megawattstunden an Energiespeichern (dabei handelt es sich hauptsächlich um Pumpspeicherkraftwerke und zu einem kleinen Teil um Batterien).

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Speicherung der Energie, die notwendig sind, um die Ziele des Staates zu erreichen, würden die Kosten exponentiell in die Höhe treiben: von 49 Dollar pro Megawattstunde bei 50 % auf 1.612 Dollar bei 100 % . Und das unter der Annahme, dass Lithium-Ionen-Batterien etwa einen Drittel des derzeitigen Preises kosten werden, was sehr unwahrscheinlich ist, wenn der Run nach Speicherkapazitäten durch Batterien noch zunimmt.

6. Gefährlicher und planloser Ausstieg aus der fossilen Energie

Knapp 60 % des Schweizer Energieverbrauchs stammen aus fossilen Energieträgern³⁶ und müssen mit dem Stromfresser-Gesetz Hals über Kopf ersetzt werden.

³³ <https://www.avenir-suisse.ch/synthetische-treibstoffe-zum-preis-von-fr-2-40-pro-liter/>

³⁴ Air France erhöht Ticketpreise für Einsatz von Biokraftstoff, FAZ vom 10.1.2022.

³⁵ <https://www.swiss.com/lhg/ch/de/o-d/cy-cy/zuerich-new-york>

³⁶ Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2021.

6.1. Expertenmeinungen

«Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass wir unseren gesamten Energiebedarf mit im Inland erzeugter erneuerbarer Energie decken können.»; «Seit Beginn des Industriezeitalters vor gut 200 Jahren ist die Wirtschaftsleistung jedes Landes an die Verfügbarkeit von Energie gekoppelt.» **(Andreas Züttel, Physiker und Professor EPFL)**³⁷

«Die Energiestrategie des Bundes ist Wunschdenken.» **(Prof. Didier Sornette, ETH)** Bis 2050 soll Solarstrom die Elektrizität aus Kernkraftwerken kompensieren und die wachsende Nachfrage decken. Der Risikoforscher hält diese Strategie des Bundes für technisch und wirtschaftlich verfehlt.³⁸

«Die Welt und die Schweiz brauchen mehr (elektrische) Energie.» Die zukünftige Jahresstromversorgung braucht zusätzliche 17 TWh pro Jahr sowie 22 TWh pro Jahr für den Ersatz der Kernkraftwerke bis 2050. Dies ergibt ein Total von 39 TWh pro Jahr. **(Prof. em. Dr. Lino Guzzella, ETH)**³⁹

«Ich war immer der Meinung, dass die Energiestrategie 2050 von falschen Projektionen ausgegangen ist. Nun müssen wir nüchtern feststellen: Diese Strategie ist gescheitert.» **(Christoph Mäder, Präsident von Economiesuisse)**⁴⁰

«Die Energiewende findet im Stromnetz statt. Der dafür nötige Netzausbau kostet jeden einzelnen Strombezüger in ländlichen Gebieten spürbar mehr als in den Ballungszentren.» Denn auf dem Land gebe es pro Kilometer Netz deutlich weniger Anschlüsse, auf welche die Ausbaukosten verteilt werden könnten. **(BKW-Sprecher Tobias Habegger)**⁴¹

«Unsere Zukunft liegt im grünen Gas. Niemand hat mehr Interesse daran als wir, die grünen Gasformen voranzubringen. Aber die Abhängigkeit vom Ausland bleibt. Im Strom haben wir genau die gleichen Abhängigkeiten, aber nur wird weniger darüber gesprochen. Es braucht in Zukunft eine Kombination von verschiedenen Energiearten. Es ist wichtig, dass wir in der Schweiz die Kapazitäten für Solarstrom massiv ausbauen. Aber dies alleine löst die Winterproblematik nicht. Wir können die Elektrizität nicht im grossen Rahmen speichern.» **(Gasverbund Mittelland GVM)**⁴²

«Die grösste Problematik hoher Strompreise ist die Volkswirtschaftliche.» **(Martin Schwab, CEO CKW)**

«Die Beschwörung einer Umkehr von «böser» Energie - Kernkraft und fossilen Brennstoffen - zu «guter» Energie - Photovoltaik und Windrädern macht die Energiewende zu einem spirituell aufgeladenen Unterfangen, einer Art säkularer Heilslehre. Dies immunisiert sie gegen Zweifel und begründete Einwände hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit und ihrer gesellschaftlichen Wünschbarkeit.» **(Dr. Lukas Weber, Elektroingenieur ETH, Präsident der Arbeitsgruppe Christen und Energie)**⁴³

«Wollen wir künftig all den Solarstrom an den Produktionsspitzen im Sommer abtransportieren, muss das Verteilnetz um das Drei- bis Vierfache ausgebaut werden.» Das jedoch sei weder zielführend noch realistisch: Die Kosten für einen solchen Ausbau wären immens.

³⁷ Es brauchte jedes Jahr eine neue Staumauer – in der Theorie, NZZ Magazin, 5.2.22; Wieviel kostet eine CO₂-neutrale Schweiz?, Medienmitteilung unter <https://www.ad-min.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87241.html>

³⁸ Die Energiestrategie des Bundes sei Wunschdenken, sagt ein ETH-Forscher. 2050 könnten in einem schweren Winter zwei Drittel des Stroms fehlen, NZZ, 7.7.22.

³⁹ Präsentation Lino Guzzella, 28. November 2022 in Bern.

⁴⁰ «Die «Energiestrategie 2050» ist gescheitert», sagt der oberste Vertreter der Wirtschaft, NZZ, 9.9.22.

⁴¹ Energiewende schafft bei Strompreisen neuen Stadt-Land-Graben, Sonntagszeitung, 12.3.2023.

⁴² «Unsere Zukunft liegt im grünen Gas», Zeitung für die Region Basel, 6.3.23.

⁴³ Die Klimaangst richtet sich gegen den Menschen, NZZ, 6.3.23.

(Urs Meyer, der Präsident des Vereins Smart Grid Schweiz und Leiter Geschäftsreich Netze CKW)⁴⁴

«Atomenergie ist eines der vielen Instrumente für das Erreichen unserer Klimaziele, für die Produktion der Strom-Grundlast und für die Versorgungssicherheit.» (Erklärung von elf EU-Mitgliedsstaaten, Februar 2023)⁴⁵

«Keine Klimaneutralität ohne kritische Rohstoffe. Für die Energiewende benötigt Europa grosse Mengen an Rohstoffen, zu denen es noch keinen direkten Zugang hat. Der Abbau seltener Erden muss deshalb forciert werden.» (Julian Kamasa, ETH)⁴⁶

«Regulierungen und politische Willkür verzerren die Investitionsanreize. Es wird in extremis dort investiert, wo die höchsten staatlichen Subventionen geboten werden. Dabei werden Anlagen subventioniert, die im Markt aufgrund mangelnder Effizienz nie bestehen könnten. Die Planungsunsicherheit jederzeit möglicher Regulierungsänderungen kann noch die letzten Investitionsanreize abtöten. Wie weit diese oder andere ordnungspolitischen Probleme zu Versorgungsproblemen geführt haben, muss analysiert werden.» (Markus Saurer, Ökonom)⁴⁷

6.2. Fatale Fehlprognosen vor der Abstimmung zur Energiestrategie 2050

Kein vernünftiger Mensch reisst sein bestehendes Haus ab, bevor das neue Haus fertig gebaut ist. Aber genauso handelt die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments: **Sie hat 2017 den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen – ohne eine sichere und bezahlbare Alternative zu haben.** Die Folgen erleben wir heute: Uns geht der Strom aus und die Preise explodieren.

In der Nationalratsdebatte zur Energiestrategie 2014 operierte die damalige **Bundesrätin Doris Leuthard (CVP/Mitte) mit falschen und verantwortungslosen Versprechungen**⁴⁸:

- «Erstens ist die Versorgungssicherheit nicht infrage gestellt.»
- «Unsicherheit gibt es insofern nicht, als man in allen europäischen Staaten in den nächsten zwanzig Jahren eine genügende Stromproduktion haben wird.»
- Ein Haushalt mit vier Personen und durchschnittlichem Stromverbrauch wird so rund 40 Franken pro Jahr mehr bezahlen müssen als heute.⁴⁹

Diese Aussagen haben sich längst als unwahr erwiesen – mit schwerwiegenden Folgen. Die Versorgungssicherheit der Schweiz ist schon in diesem Winter in Frage gestellt und kann in den kommenden Jahren möglicherweise nicht mehr gewährleistet werden. Die Ziele und Versprechen der «Energiestrategie» haben sich in Luft aufgelöst.

Die europäischen Staaten haben selbst ein Stromversorgungsproblem und reden schon von Rationierung. Es ist naiv zu glauben, dass Deutschland oder ein anderer Staat Strom in die Schweiz liefert, wenn er selber zu wenig Strom hat.

⁴⁴ Der Solar-Boom strapaziert das Übertragungsnetz, NZZ, 3.3.23.

⁴⁵ Frankreichs Atom-Allianz gegen Deutschland, Handelsblatt, 1. März 2023.

⁴⁶ Keine Klimaneutralität ohne kritische Rohstoffe, NZZ am Sonntag, 26.2.2023.

⁴⁷ Mehr Strom statt mehr Staat, Finanz und Wirtschaft, 11.2.2023.

⁴⁸ Debatte im Nationalrat vom 1. Dezember 2014.

⁴⁹ Energiegesetz: Fragen und Antworten, UVEK, unter <https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/abstimmungen/abstimmung-zum-energiegesetz/faq-energiepaket-2050.html>



Die anderen Parteien machten sich 2017 über das Kalt-Duschen-Plakat der SVP lustig. Bundesrätin Leuthard sagte, die Argumente und Zahlen der SVP seien «*hanebüchen*»⁵⁰. Heute lacht niemand mehr. Die Realität ist noch dramatischer, als es die SVP voraussagte.

Und das Verrückte daran ist: Mit dem Stromfresser-Gesetz wiederholen wir jetzt dieselben Fehler wie bei der gescheiterten Energiestrategie!

Die Folgen sind noch verheerender: In der aktuellen Energiekrise wollen die gleichen Politiker zusätzlich den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wie Heizöl, Gas, Diesel und Benzin herbeizwingen. Das kann nicht aufgehen. Denn knapp 60 % des Schweizer Energieverbrauchs⁵¹ stammen aus fossilen Energieträgern. Mitte-Links hat keine Strategie, wie sie ersetzt werden können, ohne dass unser Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit an die Wand gefahren werden. Ganz zu schweigen davon, dass die forcierte Elektrifizierung den Strombedarf zusätzlich in neue Dimensionen schraubt.

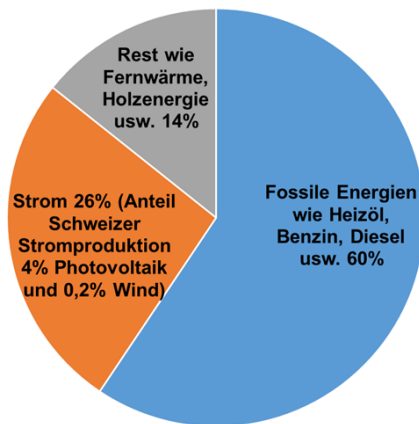
«Im schlimmsten Fall müssen wir tatsächlich damit rechnen, dass es im nächsten Winter zu gebietsweisen Stromabschaltungen kommt, wenn auch nur stundenweise. Da ist es sicher ratsam, genügend Kerzen im Haus zu haben. Und wer einen Holzofen hat, sollte sich mit genügend Brennholz eindecken.» (Werner Luginbühl, Präsident der Elektrizitätskommission)⁵²

⁵⁰ Aargauer Zeitung, 30. März 2017.

⁵¹ Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2021.

⁵² Stromversorgung in der Schweiz: Wie brenzlich ist die Lage?, NZZ vom 6.8.2022.

Endverbrauch nach Energieträger 2021

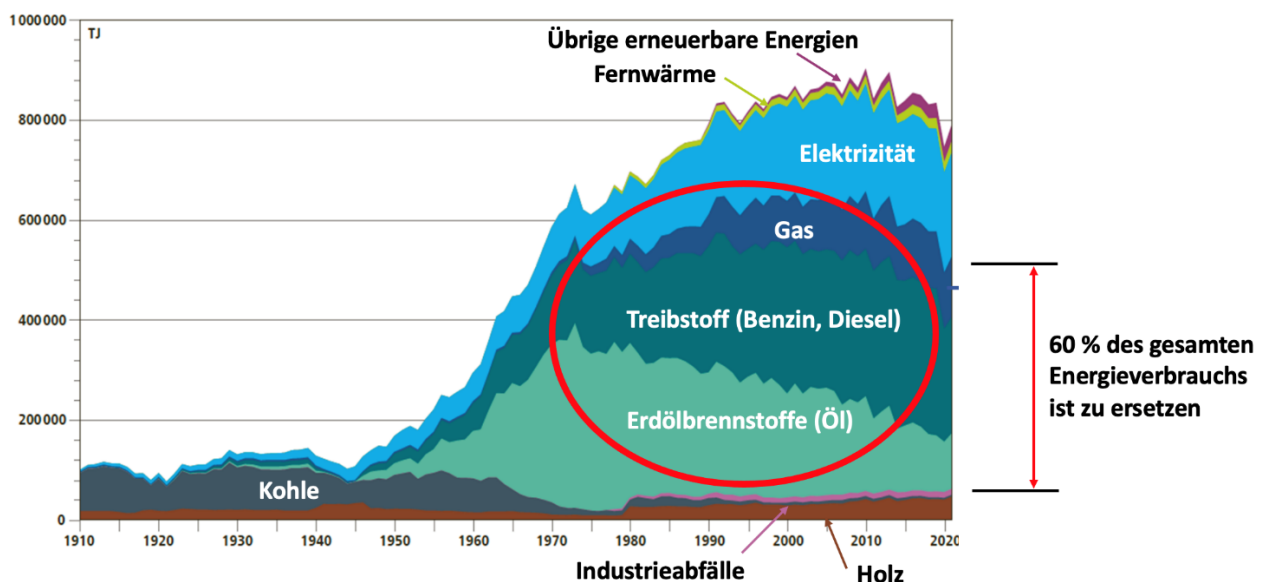


53

Wie die Darstellung zeigt, wird nur rund ein Viertel des schweizerischen Energiebedarfs durch Strom gedeckt. Ein Teil dieses Stroms muss heute schon importiert werden. Nur gerade 4 % der einheimischen Stromproduktion wird durch Photovoltaik erzeugt.

Mitte-Links stellt die Kernkraftwerke ab, die einen Drittel unseres Stroms produzieren. Gleichzeitig verhindern Linke und Grüne den Bau von Wasserkraftprojekten und Windparks⁵⁴. Sie zwingen die Elektrizitätswerke zu höheren Restwassermengen – was wiederum zu weniger Stromproduktion führt. Und nun sollen auch noch die fossilen Energieträger verboten werden. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Wie sollen wir 60 % unseres Energiebedarfs ersetzen, ohne unseren Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren?



⁵³ Gesamtenergiestatistik, BFE, unter <https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/energiestatistiken/gesamtenergiestatistik.html/>

⁵⁴ Die dringend nötige Erhöhung der Grimsel-Staumauer um 23 Meter wird seit 2005 von Naturschutz-Gruppierungen blockiert: <https://www.20min.ch/story/neun-einsprachen-gegen-die-grimsel-staumauer-358715556734>.

7. Rasanter Zuwachs Stromverbrauch kann durch Erneuerbare allein nicht gedeckt werden

Forscher der Empa haben die Frage beantwortet, was es «in der Praxis» bedeutet, dass die Schweiz klimaneutral werden will. «Auf welchem Wege sind diese Ziele erreichbar, was braucht es dazu und was kostet das?»⁵⁵

7.1. Die drei Empa-Szenarien

Die Forscher rechneten drei verschiedene Szenarien durch und verglichen sie mit den **heutigen Energiekosten von jährlich rund 3'000 Franken pro Einwohner**. Die erste Herausforderung ist es, die Schweizer Kernkraftwerke zu ersetzen, die bis 2050 abgeschaltet werden sollen – in allen Szenarien. Allein dies erfordert eine solare Dachfläche von 16 Quadratmetern pro Kopf der Schweizer Bevölkerung. Für jeden Einwohner braucht es zudem eine Speicherbatterie von 9 Kilowattstunden (kWh), um den tagsüber geernteten Solarstrom für die Nacht zu speichern. Zusätzlich sind vier Pumpspeicherkraftwerke von der Grösse des Kraftwerkes «Grande Dixence» im Wallis nötig, um den Sommerstrom für den Winter zu speichern. Diese Grundannahmen gelten für jedes Szenario.



Bild: 10 kWh Batteriespeicher für Zuhause, Boden stehende lithium LiFePO₄, Standzeit: 5-10 Jahre, 90.6kg, Kosten rund 10'000 Euro, 50*17*82 cm.⁵⁶

7.2. Empa-Szenario Nr. 1: Vollständige Elektrifizierung

Aus rein energetischer Sicht ist es gemäss den Empa-Forschern am effizientesten, die gesamte Energieversorgung zu elektrifizieren. Wenn alle Autos und Lastwagen elektrisch fahren und alle Gebäude mit (elektrischen) Wärmepumpen beheizt werden, steigt der dafür notwendige Strombedarf «nur» um knapp 1'000 Watt pro Kopf – das entspricht allerdings einer Verdoppelung des heutigen Verbrauchs (rund 800 Watt pro Kopf). Um diese Energiemenge zu erzeugen, bräuchte die Schweiz 48 Quadratmeter Solarfläche pro Kopf (das entspricht dreimal der verfügbaren Dachfläche der Schweiz), zusätzlich eine 26 kWh-Speicherbatterie pro Kopf und zur Sommer-Winter-Speicherung zusätzlich 13 Pumpspeicherkraftwerke der Dimension «Grande Dixence». **«Wenn wir sofort anfangen, müssten wir**

bis ins Jahr 2035 jedes Jahr eine neue Staumauer bauen. Aber wir haben schlicht nicht genug geeignete Täler im Land für solch eine Grössenordnung» (Energieforscher Prof. Züttel).⁵⁷

⁵⁵ Wieviel kostet eine CO₂-neutrale Schweiz? Empa 17.2.22 unter <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87241.html>; Future Swiss Energy Economy: The Challenge of Storing Renewable Energy, Andreas Züttel, Noris Gallandat, Paul J. Dyson, Louis Schlapbach, Paul W. Gilgen, and Shin-Ichi Orimo, Original Research, 1.2.22.

⁵⁶ <https://www.wegatech.de/ratgeber/photovoltaik/stromspeicher/uebersicht/>

⁵⁷ Wieviel kostet eine CO₂-neutrale Schweiz? Empa 17.2.22 unter <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87241.html>; Future Swiss Energy Economy: The Challenge of Storing Renewable Energy, Andreas Züttel, Noris Gallandat, Paul J. Dyson, Louis Schlapbach, Paul W. Gilgen, and Shin-Ichi Orimo, Original Research, 1.2.22.



Drohnenaufnahme der Alp Furgge (Grengiols Solar) mit und ohne Solarmodule. Copyright: "IG Saflischtal"⁵⁸

7.3. Empa-Szenario Nr. 2: Öko-Wasserstoffwirtschaft

Das zweite Szenario wäre eine Wasserstoffwirtschaft. Klimaneutraler Wasserstoff wird aus Solarstrom erzeugt. Man bräuchte 116 Quadratmeter Solarflächen pro Kopf. Der im Sommer erzeugte Wasserstoff muss bei 200 bar Druck in unterirdischen Kavernen gespeichert werden. **«Wir bräuchten ein Speichervolumen von 57 Millionen Kubikmetern – das ist etwa 25 Mal der Gotthard Basistunnel»** (Energieforscher Prof. Züttel).

7.4. Empa-Szenario Nr. 3: Versorgung mit synthetischen «Öko-Treibstoffen»

Das dritte Szenario ist eine Versorgung des ganzen Landes mit synthetischen Treibstoffen («Synfuels») aus Ökostrom. Doch für dieses Szenario müssten 4,5 % der Schweizer Landesfläche mit Solarzellen bedeckt werden – **das ist 12 Mal mehr als die heute verfügbare Dachfläche**, nämlich 1'857'000'000 Quadratmeter Solarzellen (1,857 Milliarden

⁵⁸ Vgl. Fast eine Million Solarmodule für Grengiols, NZZ vom 15.3.2023, unter <https://www.nzz.ch/schweiz/der-solarexpress-zieht-durch-grengiols-die-groesste-alpine-solaranlage-ist-machbar-ld.1730655>

Quadratmeter). Eine Speicherbatterie von 109 kWh pro Kopf wäre zudem nötig, um die gewaltige Menge an Solarstrom mittags einzuspeichern.

Fazit: Die Vorgaben des Stromfresser-Gesetzes und das Netto-Null-Ziel sind völlig unrealistisch. Die Erneuerbaren können den steigenden Strombedarf nicht decken. Das Stromfresser-Gesetz führt direkt in die Katastrophe. Die Energieversorgung der Schweiz ist nicht mehr sichergestellt.

7.5. Umweltbelastende Produktion und Logistik von Solarmodulen

Rund zwei Drittel aller Solarmodule stammen inzwischen aus China. Der Grund: Die chinesische Regierung subventioniert heimische Hersteller, die sich als Preisbrecher auf dem Weltmarkt durchsetzen können. Eine Studie zeigt jetzt: Die Ökobilanz chinesischer Solarmodule ist verheerend.⁵⁹

«In China haben wir eine Vielzahl von Photovoltaikherstellern, die auch von der Regierung unterstützt werden. Aber ein hoher Anteil der Umweltverschmutzung stammt auch davon», kritisiert Huang Xianjin von der Nanjing University. Der Hauptgrund für die schlechte Umweltbilanz chinesischer Solarmodule liegt in den geringen Umwelt- und Effizienzstandards und der überwiegenden Erzeugung des Stroms aus Kohle. «Es braucht eine Menge Energie, um Silizium zu gewinnen. Und China nutzt Energie aus schmutzigen und weniger effektiven Energiequellen, als das in Europa der Fall ist», sagt der Co-Autor der Studie und Argonne-Forscher Seth Darling.

8. Verschandelung der Schweiz – Heimat und Tourismus ade

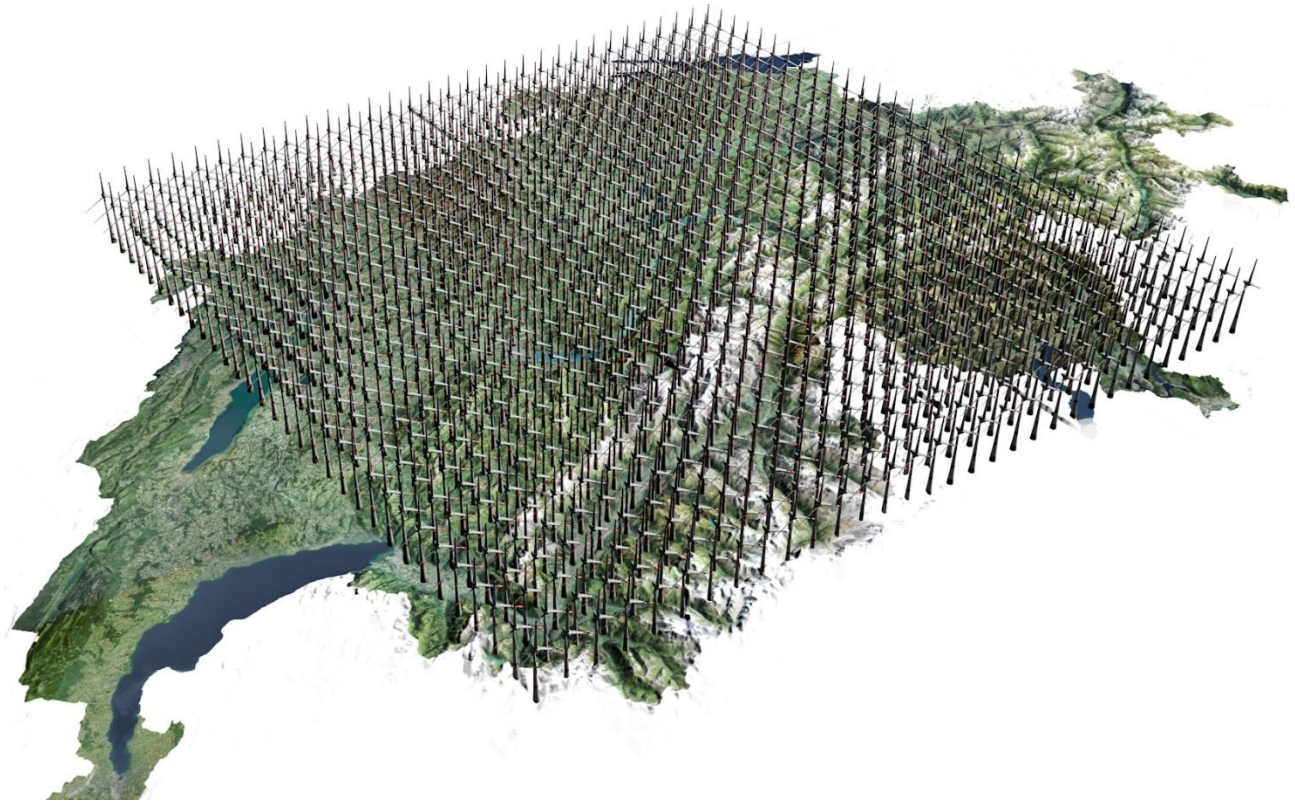
Der Schweizerische Heimatschutz hat bereits 2010 in einem Positionspapier mit dem Titel «Windkraftanlagen und Landschaftsschutz» klipp und klar kommuniziert, dass «der Bau solcher Windparks, die von Weitem zu sehen sind, wird einen einschneidenden Einfluss auf Landschaften und Ortsbilder haben und [...] zu einer Beeinträchtigung der Landschaftsräume und der Umwelt führen [...]. Der Schutz von Landschaften und Ortsbildern liegt jedoch ebenso im öffentlichen Interesse wie die Produktion von Ökostrom.» Dieses Positionspapier resümiert aus Sicht der Landschafts- und Naturschützer, dass erneuerbare Energien «nicht auf Kosten wertvoller Landschaftsräume produziert werden [dürfen].» Der Heimatschutz stellte bereits vor 13 Jahren fest, dass vor diesem Hintergrund eine Diskussion stattfinden müsse zu offenen Fragen: «Wie viele Windkraftanlagen erträgt die Landschaft? Eine Windkraftanlage kann nicht wirklich in die Landschaft eingebettet werden, aber kann sie sich zumindest darin einfügen? Wann ist das erträgliche Mass für die Bevölkerung erreicht? Dies sind nur einige der Fragen, die früher oder später beantwortet werden müssen.»⁶⁰ Der Zeitpunkt ist nun gekommen, die Fragen sind nach wie vor unbeantwortet.

Die bereits stark gebeutelte Tourismusbranche ist besonders von der Strompreisentwicklung betroffen. Aber nicht nur die Hotels, sondern alle vom Tourismus abhängigen Dienstleister sind stark betroffen. Die jährlichen Energiekosten einer mittleren Bergbahn mit einem Verbrauch von 1 Million Kilowattstunden langen bisher bei 60'000 Franken. Die Preise im freien Strommarkt sind teilweise bis zu zehn Mal teurer geworden. Im Fallbeispiel auf 600'000 Franken.⁶¹

⁵⁹ Chinesische Solarzellen haben eine verheerende Umweltbilanz, Ingenieur.de, unter <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/energie/chinesische-solarzellen-verheerende-umweltbilanz/>

⁶⁰ Windkraftanlagen und Landschaftsschutz, Positionspapier, Schweizerischer Heimatschutz, 2010.

⁶¹ Noch nie war Strombeschaffung für Seilbahnen so herausfordernd, htrhotelrevue vom 22. September 2022, unter <https://www.htr.ch/story/tourismus/noch-nie-war-strombeschaffung-fuer-seilbahnen-so-herausfordernd-35423>



Visualisierung: 1'000 Windturbinen

9. Masslose Zuwanderung verstärkt Energiekrise

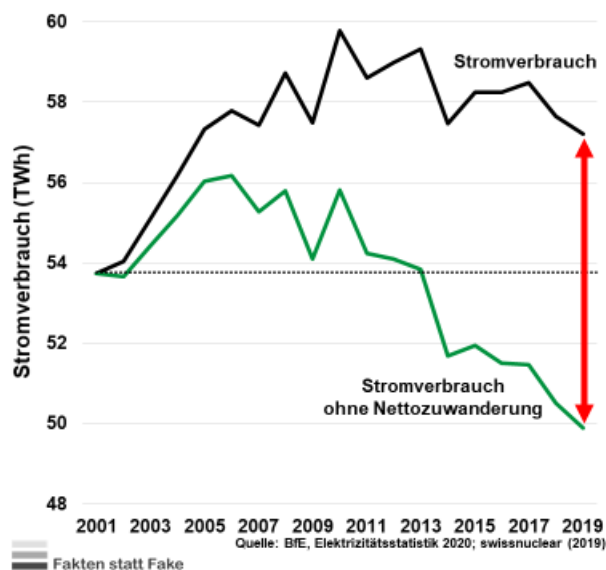
Verschärfend kommt eine weitere Tatsache hinzu: Alles, was die Schweizer Bevölkerung einspart, wird durch die masslose Zuwanderung zunichte gemacht. **Jeder Zuwanderer ist ein Stromfresser.** Auch das teure und verlogene Stromfresser-Gesetz ignoriert die Zuwanderung. Es werden Ziele und Forderungen aufgestellt, die keine Rücksicht nehmen auf das massive Bevölkerungswachstum.

Das Perfide daran: Man bestraft die eigene Bevölkerung mit Abgaben, Verboten und Sparzwang – aber der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Energieverbrauch wird totgeschwiegen.

Dabei hat die Schweiz schon viel erreicht: Der Pro-Kopf-Verbrauch von Strom ist seit 2001 um 10.3 % gesunken. Auch die Industrie hat ihren Verbrauch gesenkt: um 5.9 %. Trotzdem ist der Strombedarf insgesamt gestiegen. Dafür gibt es einen entscheidenden Grund: Die masslose Zuwanderung. In den letzten 20 Jahren wuchs die Bevölkerung um rund 1.4 Millionen Menschen. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben.

Fazit: Die masslose Zuwanderung ist heute der Haupttreiber des Strommehrbedarfs. Bald ist es das Netto-Null Ziel im Stromfresser-Gesetz.

Stromverbrauch ohne Nettozuwanderung



Nettozuwanderung: (2001-2019)



+ 60'875 Menschen
jedes Jahr

2019: 57.2 TWh Stromverbrauch

Ohne Nettozuwanderung:

2019: 49.9 TWh Stromverbrauch



7.3 TWh weniger
als jetziger Stromverbrauch

entspricht ca. Produktion
AKW Gösgen (7.8 TWh)

10. Schweiz tut viel, kann Weltklima aber nicht im Alleingang retten

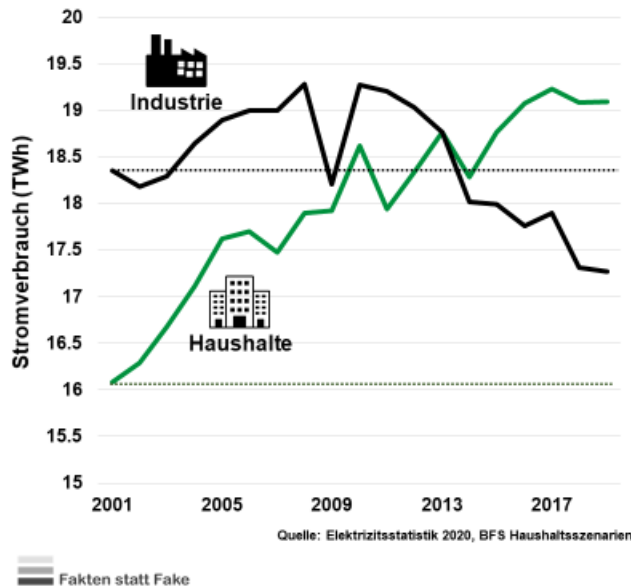
Das Stromfresser-Gesetz ist teuer, gefährlich und verlogen. Es kostet die Schweizerinnen und Schweizer Hunderte von Milliarden Franken – ohne den geringsten Einfluss auf das weltweite Klima zu haben.

Denn: Der gesamte schweizerische CO₂-Ausstoss beträgt bloss 1/1'000 (1 Tausendstel) der weltweiten CO₂-Emissionen oder eben 0.1%.

Ausserdem hat die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss pro Kopf in den letzten 10 Jahren trotz massivem Bevölkerungswachstum um rund 20 % reduziert. Eine Fortführung dieser Entwicklung würde bis 2030 zu einer Halbierung des CO₂-Ausstosses von 1990 führen. Damit wird die Effizienzverpflichtung unseres Landes gegenüber dem sog. Pariser Abkommen übertroffen.

Die Zahlen belegen: Unser Land ist klimapolitisch auf dem richtigen Weg. Ein neues Rahmengesetz mit Blanko-Vollmachten für die Regierung und horrenden Kosten für den Mittelstand ist gefährlich.

Strom: Industrie vs. Haushalte



2001 vs 2019:



6% Reduktion



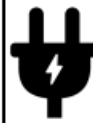
19% Zunahme



+1.4 Millionen



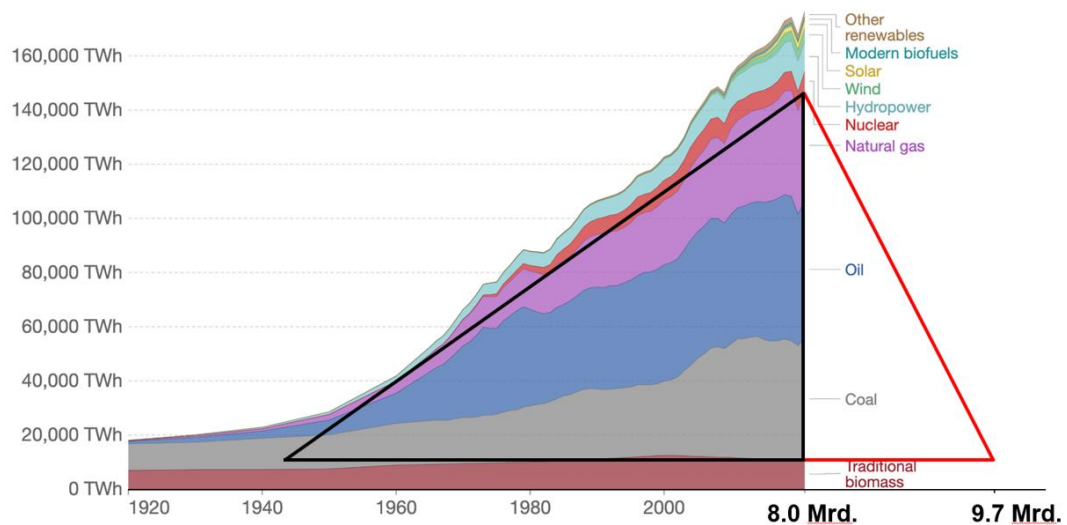
**ca. 700'000
Haushalte mehr**



**Anzahl Haushalte ist
grosser Treiber des
Strommehrbedarfs**

Es ist frappant: Die starke Bevölkerungszunahme hat den Stromverbrauch bei den Haushalten massiv steigen lassen. Die Industrie konnte ihren Verbrauch im gleichen Zeitraum deutlich senken.

Weltjahresverbrauch Primärenergieträger



<https://ourworldindata.org/>

Die Grafik veranschaulicht glasklar: Die Schweiz kann nicht das Weltklima retten. Kohle, Öl und Gas bleiben in Asien und anderen Weltgegenden nach wie vor die Haupt-Energieträger. Da muss man sich keine Illusionen machen.

11. Abschreckendes Beispiel Deutschland

Der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin 2004: «Die Förderung erneuerbarer Energien wird einen Haushalt nur einen Euro im Monat kosten – so viel wie eine Kugel Eis.»⁶² Das Versprechen des grünen Spitzenpolitikers **erinnert fatal an die Falschaussagen von Alt-bundesrätin Doris Leuthard** (CVP/Mitte) zur Energiestrategie 2050 («40 Franken Kosten pro Haushalt und Jahr»). Heute zeigt sich: Deutschland als Erfinderin der Energiewende – mit Gas als Grundlast – ist kläglich gescheitert. Die Preise explodieren, die Kernkraftwerke wurden nach und nach abgeschaltet, dafür stammt rund ein Drittel des deutschen Stroms aus Kohlekraftwerken. Ein Irrsinn.

Laut einer Studie hat die Energiewende Deutschland bis 2015 rund 150 Milliarden Euro gekostet. Bis 2025 könnte der Betrag auf über 500 Milliarden Euro ansteigen, wenn man den nötigen Ausbau der Verteilungs- und Übertragungsnetze mit einbezieht.⁶³

CDU-Politiker Michael Kretschmer hält die deutsche Energiewende für «gescheitert»⁶⁴. Und brandgefährlich für den Wohlstand in seinem Land: Es sei keine Alternative, einfach nur mehr Strom aus Wind und Sonne zu erzeugen. **Inzwischen seien die explodierenden Gas- und Strompreise «eine Bedrohung» für den Wirtschaftsstandort.** Ein Industrieland wie Deutschland kann – genauso wie die Schweiz – nur mit einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung funktionieren.

Nicht zuletzt aufgrund der hohen Steuern, Abgaben und Gebühren der Netzbetreiber zahlen die Deutschen heute den zweithöchsten Strompreis weltweit.⁶⁵

Strompreise international Private Haushalte, Juni 2022	Rappen pro kWh
Dänemark	49,6
Deutschland	48,9
Niederlande	32,0
Portugal	25,0
Japan	23,3
Schweiz	21,6
Frankreich	20,1
Polen	16,7
USA	16,1
Russland	5,7

Rechenbeispiel: Ein durchschnittlicher Haushalt in der Schweiz verbraucht im Jahr 5'000 kWh.⁶⁶ Das entspricht gemäss Tabelle einer Stromrechnung **von 1'080 Franken. Ein deutscher Haushalt bezahlt für den gleichen Verbrauch bereits heute 2'445 Franken.**

Nach dem geplanten Kohleausstieg (allein 31,4 % der Stromerzeugung 2022) soll die Stromversorgung in Deutschland treibhausgasneutral sein. So sieht es das «Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien» (kurz: EEG) vor.⁶⁷ Dieser Ausstieg ist illusorisch. Reiner Haseloff, CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, meinte hierzu im März 2023: «Wenn die Alternative darin bestehen solle, Kohlestrom aus Polen oder Atomstrom aus Frankreich zu importieren, dann muss ich schon fragen, ob das eine ethische und, sagen wir mal,

⁶² Deutschland ist in der Energiewende das falsche Vorbild, NZZ vom 4.5.2017, unter https://www.nzz.ch/wirtschaft/energiepolitik-das-falsche-vorbild-deutschland-id.1290233?s_kwcid=AL%216521%213%21517772756059%21%21%21g%21%21&gclid=Cj0KCQjw8e-gBhD0ARIsAJiDsaWTVcnugym2qJGyetKml782zm7sLR7FoQLSz6zIlZH-ZiJ73MgpJ40aAhjSEALw_wcB&trco=19001541-05-18-0001-0005-009741-00000000&reduced=true

⁶³ Stromkosten EEG & Co. treiben Energiewendekosten auf 520 Milliarden Euro, 10. Oktober 2016, unter <http://www.insm.de/insm/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung-studie-eeg>

⁶⁴ «Braunkohlekraftwerke anzuwerfen, ist Wahnsinn», Der Spiegel vom 1.8.2022 unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/michael-kretschmer-sachsens-ministerpraesident-haelt-energie-wende-fuer-gescheitert-und-fordert-akws-statt-kohle-zum-gas-ersatz-a-dae7d0e-dad5-458e-adae-ec424a5fb1d1>

⁶⁵ Strompreise für private Haushalte, Juni 2022: https://de.globalpetrolprices.com/electricity_prices/

⁶⁶ Faktenblatt, EnergieSchweiz, Bundesamt für Energie BFE, August 2021.

⁶⁷ https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/

wertemässig von uns allen getragene Antwort auf die jetzige Problematik sein kann.»⁶⁸ Zur Erinnerung: Bis zum Jahr 2030 sollen mindestens 80 % des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen.⁶⁹ Der Anteil der Erneuerbaren Energien soll sich also in weniger als sieben Jahren fast verdoppeln. Das Problem des Flatterstroms wird noch grösser. Wie die Grundenergie ohne Gas und Kernkraft gesichert werden soll, weiss niemand. Zumal der Kernenergieausstieg mit seinem 6,5 % Anteil der Bruttostromproduktion in Deutschland beschlossene Sache ist.

Mit Blick auf unseren Nachbarn wissen wir heute:

1. Deutschland hat weltweit die höchsten Strompreise.
2. Wegen der Energiekrise hat die Abhängigkeit Deutschlands von Kohle in der Stromproduktion noch zugenommen.⁷⁰
3. Deutschland ist auf Energieimporte aus dem Ausland angewiesen: Der Anteil der Nettoimporte am Energieverbrauch belief sich laut Eurostat 2021 auf 64 %.⁷¹
4. Dunkelflauten haben gravierende Auswirkung auf die Solarstromproduktion.⁷²
5. Ein noch so kräftiger Zuwachs an Windkraft geht nicht immer mit einer steigenden Einspeisung einher. Die Erfahrung machte Rheinland-Pfalz. Obwohl das Land seine Windkraft um 14 Prozent ausgebaut hatte, sank die Einspeisung sogar geringfügig. Der Grund: Es wehte weniger Wind als in den Jahren zuvor.⁷³
6. Zwar wollen sich einige Länder auf die Speicherung des Stroms aus den stark schwankenden Energiequellen wie Windkraft oder Photovoltaik spezialisieren. Das Problem ist aber – genauso wie in der Schweiz – noch ungelöst. In der Schweiz müssten dafür 30 Pumpspeicherkraftwerke in der Grösse des Grimsel-Kraftwerks gebaut werden, was völlig illusorisch ist.
7. Alle Länder rechnen auf der Basis eines sinkenden, sprich «effizienten» Stromverbrauchs. Wie der (Netto-)Verbrauch bis 2050 tatsächlich weiter sinken soll, ist völlig unklar, zumal die Elektrifizierung des Verkehrs, der Heizungen und die Digitalisierung zu massiv mehr Strombedarf führen.

Zu guter Letzt kommen auf die deutschen Immobilienbesitzer (und Mieter) grosse finanzielle Herausforderungen zu. Denn am 14. März 2023 wurde bereits der nächste Schritt beschlossen: Das EU-Parlament einigte sich auf die Grundsätze einer **Zwangssanierungen von Gebäuden**.⁷⁴ Dies bedeutet nebst einem dramatischer Wertverlust bei älteren Gebäuden fast unbezahlbare Kosten für Gebäudesanierungen. Diese können schnell im sechsstelligen Bereich sein, wie CDU-Mann Radtke auf Twitter klarstellte: «Wir reden von Kosten zwischen 190'000 und 340'000 Euro für ein 140-Quadratmeter-Eigenheim.»⁷⁵ **Viele Deutsche bangen um ihr Zuhause.**⁷⁶ Das Netto-Null-Ziel des Stromfresser-Gesetzes zielt in die genau gleiche Richtung. Die durchschnittliche Sanierung eines Gebäudes in der Schweiz kostet rund 250'000 Franken. Die Folge: Noch höhere Mieten, Wohneigentum wird noch teurer und viele Hausbesitzer können sich die Sanierungen gar nicht leisten.

12. Zusammenfassung und Fazit

Das Stromfresser-Gesetz ist **teuer und verlogen. Es führt zu einem massiven Mehrbedarf an Strom, obwohl wir schon heute zu wenig Strom haben.** Die Kosten für das im

⁶⁸ Früherer Kohleausstieg im Osten: Haseloff: Grünen-Pläne "völlig illusorisch", zdf heute vom 18.3.2023.

⁶⁹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/novelle-eeg-gesetz-2023-2023972>

⁷⁰ Kohleanteil bei Strom steigt auf ein Drittel, Tagesschau 9.3.23, unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/stromerzeugung-windenergie-kohle-solar-erdgas-atomstrom-101.html>

⁷¹ EuropaEnergieabhängigkeit der EU 2021 bei 56 %, Statistisches Bundesamt, unter <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Umwelt-Energie/Energieabhaengigkeit.html#:~:text=Die%20AG%20Energiebilanzen%20weist%20f%C3%BCr,Stand%3A%2028.02.2023.>

⁷² Die Auswirkung der Dunkelflaute auf die deutsche Energiewende, 15.2.2022, unter <https://www.deutschlandfunk.de/dunkelflaute-erneuerbare-energien-kohleausstieg-100.html>.

⁷³ Die Energiewende ist gescheitert, FAZ vom 16.3.2012.

⁷⁴ EU-Sanierungspflicht: Das müssen Hausbesitzer wissen, Das Haus, 21.3.23, unter <https://www.haus.de/news/eu-sanierungspflicht-das-muessen-hausbesitzer-wissen-di-36549>

⁷⁵ Kosten-Schock für Hausbesitzer? Nach Immobilien-Kracher der EU muss Habeck weitreichende Entscheidung treffen, Focus vom 23.3.2023, unter https://www.focus.de/immobilien/kosten-schock-eu-zwangssanierung-von-gebaeuden-was-jetzt-auf-hausbesitzer-zukommt_id_188400901.html

⁷⁶ <https://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/sanierungs-wahnsinn-deutsche-haben-angst-um-ihr-zuhause-83261626.bild.html>

Gesetz verankerte «Netto-Null-Ziel» sind gigantisch. Sie betragen **mehrere Hundert Milliarden Franken**. Besonders betroffen sind Normalverdiener, die Landbevölkerung, das Gewerbe und die Familien.

Eine ETH-Studie rechnet mit einer Verdreifachung der Energiekosten: Das bedeutet 6'600 Franken Mehrkosten pro Person im Jahr! Mit diesem Gesetz werden Auto fahren und Reisen zum Luxus für Reiche. Die Industrie muss ihre Produktion einschränken oder ins Ausland verlegen. Die Hauseigentümer müssen massiv investieren, die Wohnungsmieten steigen!

Das extreme Gesetz führt zum Verbot der fossilen Energieträger wie Heizöl, Benzin, Diesel und Gas. Und das ohne Plan, wie genug bezahlbarer Strom für die elektrischen Autos, Wärmepumpen etc. produziert werden soll.

Dieser planlose Ausstieg gefährdet unsere Versorgungssicherheit! Wer eine sichere Energieversorgung will, setzt deshalb zuerst auf den Ausbau verschiedener Energiequellen (ohne Technologieverbote) und kann dann den Ausstieg aus den fossilen Energien zuverlässig angehen.

Schliesslich ist das Gesetz auch ein Angriff auf unsere direkte Demokratie: Der Bundesrat kann im Alleingang extreme Massnahmen durchzwingen wie teure Haussanierungen, Ersatz funktionierender Öl- und Gas-Heizungen, das Verbot von Benzin-Autos, Flugreisen oder des Fleischkonsums.

Die Stromfresser-Gesetz bedeutet eine Abkehr von der verfassungsmässigen Energiepolitik. Ihr Auftrag lautet, die Versorgung «breit gefächert», «sicher» sowie «umweltfreundlich» und «wirtschaftlich», also kostengünstig, sicherzustellen.

Diese Grundsätze haben einen wesentlichen Anteil daran, dass die Schweiz zu einem der reichsten und wettbewerbsfähigsten Länder der Welt geworden ist. Weil die Energieversorgung untrennbar mit dem Wohlstand unseres Landes verknüpft ist, ist der Angriff gegen unsere bewährte Energieversorgung unweigerlich auch ein **Angriff auf den Wohlstand der Schweiz**.

Fazit: Wer will, dass die Schweiz auch in Zukunft mit genügend sicherer und bezahlbarer Energie versorgt und unser Wohlstand gewahrt wird, der muss dieses teure und verlogene Gesetz am 18. Juni 2023 ablehnen.

13. Behauptungen der Gegner - Richtigstellung

«Fakt ist, dass das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit die Energiesicherheit stärkt. Warum kämpfen Sie dagegen an?»

Genau das Gegenteil ist der Fall: Durch die zwangsweise Elektrifizierung entsteht eine Stromlücke von mindestens 40 TWh (Landesverbrauch 2021 58 TWh). Dies schwächt die Energiesicherheit in gravierendem Ausmass, denn knapp 60 % des Schweizer Energieverbrauchs stammen aus fossilen Energieträgern, das heisst Benzin, Heizöl, Gas und Diesel.

«Jürg Grossen sagt, dass die Energiepolitik der letzten Jahre versagt habe. Die Schuld dafür tragen die heuchlerischen rechtsbürgerlichen Kreise, die jahrelang den

Ausbau der Erneuerbaren aktiv behindert und gebremst haben.» (Jürg Grossen Gastkommentar vom 17.2.2023 in der NZZ)

Die aktuelle Energiepolitik funktioniert einfach nicht. Deutschland hat international gesehen die höchsten Strompreise, obwohl die erneuerbaren Energien mit Hunderten Milliarden Euro subventioniert wurden. Deutschland stellt seine Kernkraftwerke ab, muss dafür 30 bis 40 Prozent Kohlestrom einsetzen, um die Energieversorgung zu sichern. Deutschland ist ein warnendes Beispiel dafür, dass einseitige Investitionen und Technologieverbote zu einer Mangellage führen und die Preise massiv steigen.

«Nur verantwortungslose Klimaleugner können zur Überzeugung gelangen, dass man das KIG ablehnen kann. Ihnen ist die Zukunft unserer Kinder und das Schmelzen der Gletscher egal.»

Wenn einem die Zukunft der Kinder wichtig ist, dann muss man das Stromfresser-Gesetz konsequent ablehnen! Die direkte Folge der überstürzten Dekarbonisierung ist eine enorme Stromlücke, eine zerstörte Wirtschaft, unberechenbare Konsumentenpreise und somit eine Zukunft in Armut – für unsere Kinder. Kein vernünftiger Mensch reisst sein altes Haus ab, bevor das neue Zuhause steht. Wir müssen zuerst für genügend Stromproduktion und Energiespeicherung sorgen und dann den geordneten Ausstieg aus den fossilen Energieträgern angehen.

«Mit dem Klimaschutzgesetz wird das einheimische Gewerbe gestärkt – etwa durch Fördermittel für den Ersatz fossiler Heizungen. Die Wertschöpfung bleibt so im Inland, anstatt dass jährlich Milliarden von Franken für Öl und Gas in Schurkenstaaten wie Russland oder Saudi-Arabien fließen.»

Das einheimische Gewerbe muss nicht staatlich gestärkt werden. Es läuft schon jetzt am Anschlag. So gibt es bei Wärmepumpen lange Wartezeiten wegen Lieferverzögerungen und Fachkräftemangel. Dasselbe gilt für Solaranlagen. Das Argument der Wertschöpfung, die im Inland bleibt, ist ökonomischer Unsinn – ansonsten wäre jeder Aussenhandel schädlich. In einer freien Marktwirtschaft wissen die Marktteilnehmer selbst, was ihnen am meisten Wertschöpfung bringt – unter Umständen internationaler Handel. Auch mit der links-grünen Klimapolitik machen wir uns von einzelnen Staaten oder Regimes abhängig: China kontrolliert den Grossteil der Produktion von Solaranlagen und seltenen Erden (u. a. notwendig für Elektromobilität).

«Es ist wichtig, dass im Klimaschutzgesetz der Verzicht auf fossile Brennstoffe ab 2050 verankert wird, damit das übergeordnete Ziel klar ist, und die Wirtschaft sich darauf einstellen kann.»

Eine freie Wirtschaft ist auch ohne staatliche Vorgaben in der Lage, sich rasch auf neue Situationen einzustellen und gefragte Produkte zu liefern. Mit dem Klimaschutzgesetz wird vielmehr eine Salami-Taktik verfolgt: Zuerst holt man die Zustimmung der Bevölkerung zum «schönen» Netto-Null-Ziel – ohne zu klären, zu welchen Bedingungen und Kosten dieses erreichbar sein soll. Anschliessend werden schrittweise immer schärfere Massnahmen umgesetzt – jeweils mit Verweis auf das Volks-Ja zum Verzicht auf fossile Brennstoffe.

«Das Netto-Null-Ziel bis 2050 muss auf jeden Fall erreicht werden, da uns der Klimawandel ansonsten sehr, sehr teuer zu stehen kommt.»

Um das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen, müsste eine rigide Kriegswirtschaft mit scharfen Energie-Rationierungen durchgesetzt werden. International gesehen hätte das wohl einen Zusammenbruch der Wirtschaft, Armut und Hunger zur Folge. Demgegenüber kann man sich vor vielen (allfälligen) negativen Folgen des Klimawandels vergleichsweise kostengünstig schützen. So ist die Zahl der Todesopfer infolge klimabedingter Naturkatastrophen in den letzten 100 Jahren weltweit bereits um 98 Prozent zurückgegangen. Klima-Ökonomen sind sich überhaupt nicht einig, was die finanziellen Folgen des Klimawandels im Vergleich zu einer scharfen Klimapolitik sind. So ist etwa Nobelpreisträger William Nordhaus zum Schluss gekommen, dass es ökonomisch am besten wäre, eine Erwärmung bis 3 Grad zuzulassen⁷⁷.

«Von einem Scheitern der Energiestrategie kann keine Rede sein. Der Grund für die gegenwärtigen Probleme bei der Stromversorgung ist nicht ein Versagen der Schweizer Politik, sondern der Ausbruch des Ukraine-Krieges.»

Der Ukraine-Krieg und die nachfolgenden Engpässe bei der europäischen Energieversorgung haben lediglich das grundlegende Versagen der Schweizer Strompolitik rascher zum Vorschein gebracht. Schon vor dem Ausbruch des Krieges waren Stromengpässe ein Thema. Die Schweiz muss um ihre Stromsicherheit fürchten, weil Stromimporte und die Versorgung allfälliger Gaskraftwerke fraglich geworden sind. Das Versagen besteht darin, dass das Land es in den letzten Jahrzehnten verpasst hat, seine Infrastruktur für Stromerzeugung angemessen auszubauen und rechtzeitig den Ersatz der heutigen KKW-Generation zu planen.

«Die Bürgerlichen sind schuld, dass wir in einer Stromkrise sind. Denn sie haben in den vergangenen Jahren einen forcierten Ausbau der erneuerbaren Energie verhindert.»

Die aktuelle Stromkrise rührt in der Tat daher, dass der Ausbau der Strominfrastruktur nicht angemessen ausgebaut wurde. Der Hauptgrund liegt aber darin, dass in den letzten Jahrzehnten wegen des Widerstandes von Links-Grün keine weiteren Kernkraftwerke gebaut werden konnten. Diese Öko-Allianz bejubelte die Stilllegung des KKW Mühleberg, notabene ein funktionierendes, sicheres Kernkraftwerk, das verlässlich rund 5 Prozent des Schweizer Stroms oder 3000 Gigawattstunden lieferte.

Die Schweiz hat sich im Gegenzug von Stromimporten abhängig gemacht. Dazu kommt, dass zumeist links geprägte Umweltschützer den dringend notwendigen (Aus-)Bau von Wasserkraftwerken durch immer neue Einsprachen blockieren. Die Erweiterung der erneuerbaren Energie hingegen wurde in den letzten Jahren in ganz Europa mit viel Geld gefördert: Die hohen Subventionen für Wind und Sonne haben während langer Zeit die Strompreise verzerrt und zu einem Preisverfall in ganz Europa geführt – mit der Folge, dass kaum mehr in Grosskraftwerke investiert wurde.

«Bei effizienter Nutzung könnte der Stromverbrauch um 40 Prozent gesenkt werden. Das ist mehr Strom, als alle KKW miteinander erzeugen.»

Dieses Einsparpotenzial besteht nur theoretisch, da es nie zu erreichen ist, dass sämtliche Elektrogeräte auf dem technisch neuesten Stand sind. Verschiedene Fachleute (wie z. B. das Schweizerische Kompetenzzentrum für Energieforschung im Bereich Strombereitstellung) schätzen aber, dass der Stromverbrauch in der Schweiz bis 2050 um mindestens 30 bis 50 Prozent steigt – wegen der Elektrifizierung und der Dekarbonisierung. Zum Teil ist

⁷⁷ <https://blogs.faz.net/fazit/2019/06/02/wie-teuer-ist-der-klimaschutz-10737/>

sogar von einer Verdopplung die Rede. Und dabei sind mögliche Effizienzgewinne bereits berücksichtigt.

«Mit dem Bau von Solaranlagen (insbesondere in den Alpen) und Windkraftanlagen können wir die Versorgungsprobleme beheben und dafür sorgen, dass die Schweiz auch nach dem Ende der Kernkraft genug Strom hat.»

Um rein mengenmässig genügend Solarstrom zu erzeugen, damit der KKW-Ersatz und die Dekarbonisierung möglich sind, müssten Millionen von Quadratmetern mit Photovoltaik überdeckt werden – was nicht zu schaffen ist. Die Schweiz ist auch kein Windland, sodass es Tausende von riesigen Windrädern bräuchte, um eine namhafte Menge an Strom zu erzeugen. Angesichts des Widerstands der Bevölkerung gegen solche Windturbinen ist auch das illusorisch. Solar- und Windanlagen sind zudem nicht in der Lage, eine zuverlässige Stromversorgung zu gewährleisten. Denn wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht (Dunkelflaute), fehlt die Elektrizität. Alpine Solaranlagen mögen etwas mehr Winterstrom erzeugen als solche im nebligen Unterland – aber bei schlechtem Wetter und während der langen Winternächte produzieren sie ebenfalls keine Elektrizität.

«Es gibt genügend Speichermöglichkeiten, um überschüssige Energie aufzubewahren und damit die Winterstromlücke zu stopfen. Das kann mit Autobatterien, mit der Erhöhung von Staudämmen, mit einem geschickten Management der Wasserkraftreserven und mit der Produktion von Wasserstoff oder Methanol (Power-to-X) erfolgen.»

Mit keiner der erwähnten Möglichkeiten ist das Winterstrom-Problem auch nur ansatzweise zu lösen. Batterien (auch Autobatterien) können rein mengenmässig keinen namhaften Beitrag leisten. Die Speicherseen sind schon jetzt jeweils Ende des Winters leer. Die Erhöhung von Staudämmen ist zwar sinnvoll, reicht aber niemals aus: Wenn schon, müsste man etwa ein Dutzend Alpentäler neu überfluten – was ökonomisch und aus Gründen des Landschaftsschutzes illusorisch ist. Power-to-X (Wasserstoff, Methanol, etc.) ist noch immer verbunden mit riesigen Verlusten (wegen der doppelten Energieumwandlung) und enormen Kosten. Möglicherweise können weiterentwickelte synthetische Brennstoffe in einigen Jahrzehnten einen Beitrag zur Lösung des Speicherproblems beitragen. Darauf verlassen können wir uns heute aber nicht.

«Der Bau von Kernkraftwerken dauert viel zu lange und kommt für die aktuellen Stromprobleme zu spät.»

Es stimmt, dass neue Kernkraftwerke für die Versorgungsprobleme in den nächsten Jahren (insbesondere ab 2025, wenn die EU 70 Prozent ihrer zwischenstaatlichen Leitungskapazitäten für den eigenen Austausch reserviert) zu spät kommen. Aber die wirklich grosse Stromlücke droht in 20 bis 30 Jahren, wenn die wichtigen KKW Gösgen und Leibstadt vom Netz gehen müssen. Wenn wir nicht wieder die gleichen Fehler wie in den 1990er- und Nullerjahren machen wollen, muss der Ersatz dieser Werke **jetzt** an die Hand genommen werden. Übrigens: Die durchschnittliche Bauzeit der 59 Kernreaktoren, die in den letzten zehn Jahren weltweit in Betrieb genommen wurden, betrug nur knapp sieben Jahre.

«Kernkraftwerke kommen höchstens dann wieder in Frage, wenn sichere Reaktortypen entwickelt worden sind. Das dauert aber im besten Fall noch viele Jahrzehnte.»

Leider wiederholen auch viele bürgerliche Politiker die links-grüne Behauptung, wonach man die Entwicklung sicherer Reaktortypen abwarten müsse, um über neue Kernkraftwerke

nachdenken zu können. Doch bereits heute verfügbare Reaktortypen der Generation III+ sind nochmals um Welten sicherer als diejenigen in Beznau, Gösgen und Leibstadt. Wenn das gesetzliche Kernenergieverbot eliminiert und günstige politische Bedingungen für den Bau neuer KKW geschaffen würden, liessen sich mit Sicherheit auch Investoren finden. Denn Strom aus neuen Kernkraftwerken ist entgegen anderslautenden Behauptungen um ein Vielfaches kostengünstiger als Solar- und Windstrom.